

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

105 (7.5.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Mussestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit 90 3/4 ohne Zustellung. Einzel-
preis 10 3/4, Samstag 15 3/4. — Anzeigen: die einpaltige Kolonietexte 20 3/4,
auswärts 25 3/4. Reklamen 80 3/4. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle
u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher:
Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpplin; für die Redaktion verantwortlich
Germann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger.
Druck und Verlag von G. C. & C. Co., sämtliche in Karlsruhe.

Sozialdem. Protest gegen Hindenburgs Wahl

Schwarz-Weiß-Roter Wahlerror

Durch Funkpruch wird uns heute früh aus Berlin ge-

meldet: Der sozialdemokratische Parteivorstand hat gegen die Gültigkeit der Reichspräsidentenwahl beim Wahlprüfungsgericht, das am Freitag zusammentritt, Einspruch erhoben. In der Begründung des Einspruchs heißt es u. a.:

„Die Dinge liegen durchaus nicht so, daß die Gültigkeit der Wahl vom 26. April außer Zweifel stünde. Es häufen sich vielmehr von Tag zu Tag die Mitteilungen über unzulässige, gegenwärtige Wahlbeeinflussungen, die in ihrer Gesamtheit sehr wohl zur Ungültigkeitserklärung der Wahl führen können. Besonders aus den ländlichen Kreisen laufen fortgesetzt Meldungen ein über das Wiederanstreben der struppelosen Wahlpraktiken, die vor dem Kriege oft zur Ungültigkeitserklärung von Wahlen geführt haben, und die in den ersten Jahren nach dem Kriege zunächst aus Furcht vor der Volksmasse nicht mehr gemacht wurden.“

In zahlreichen ländlichen Orten haben jetzt landwirtschaftliche Arbeiter oder sonstige wirtschaftlich von ihnen abhängige Personen durch Drohungen mit Entlassung oder wirtschaftlichem Nachteil zur Stimmabgabe für den Reichsblock gezwungen. Darüber wird ganz allgemein geklagt aus Ostpreußen, Pommern und Teilen der Provinz Brandenburg und Sachsen. Nicht selten ist solcher wirtschaftlicher Terror auch von amtlichen Stellen ausgeht. Wie dreist die Vergeßlichkeit amtlicher abhängeriger Wähler betrieblen worden ist, zeigt der Terror, der vom Reichsblock vielerorts ausgeht worden ist. Auch amtliche Stellen haben sich eine unzulässige Beeinträchtigung der Grundlagen des Wahlrechts zuschulden kommen lassen.“

In dem Protest werden dann die einzelnen Verstöße und unzulässigen Beeinflussungen mit Beweismaterial belegt. Es kommen vor allem in Frage: Verurteilung von Nichtwählern, Verwendung durchsichtiger Stimmzettelumschläge, unzulässige Stimmzettelumschläge und Verstöße von Wahlvorstehern.

Der Reichsblock hat überall mittelst Inzerat und öffentlichen Erklärungen allen Wählern, die ihr Wahlrecht nicht ausüben, in drastischer Weise mit Verurteilung und Vorwurf androht. So verkündete z. B. der Reichsblock des Kreises Gardelegen in einem gansseitigen schwarz-weiß-rot umrahmten Zeitungsin-

„Wer am 26. April als Bürgerlicher (Mann oder Frau) durch Fernbleiben von der Wahl Vaterlandsverrat begeht, wird öffentlich an den Pranger gestellt werden. Der Reichsblock des Kreises Gardelegen ist entschlossen, die Namen dieser Vaterlandslosen rückwärts zu veröffentlichen... Wer in der Stunde höchster vaterländischer Gefahr seine Mitbürger im Stich läßt und durch seine Wahlflucht das Vaterland offensichtlich verrät, hat seine bürgerliche Ehre verstoßen und verdient die Verachtung aller vaterländisch gekannter Menschen.“

Der sozialdemokratische Wahlprotest beantragt, das Gesamtresultat der Wahlen des Kreises Gardelegen für ungültig zu erklären und die Wiederholungswahl anzuordnen, da diese Wahlen Wahlmängel und Verurteilung, sowie Vergeßlichkeit der Wahlfreiheit, die hier zur Wahlfreiheit geschleppt wird, während der Reichsblock die Einführung der Wahlfreiheit abgelehnt hat, nicht gelten lassen.

Die Hoffnungen der Monarchisten durch Hindenburgs Wahl

Am gestrigen Mittwoch ist der älteste Sprößling des Kaiserhauses in Doorn 43 Jahre alt geworden. Obwohl der Mann bisher weder im Frieden noch im Kriege auch nur die geringste Leistung aufzuweisen hätte, die irgend eine Anerkennung verdiente, es sei denn die, daß er gleich seinem famosen Vater von den Truppen der letzten ist im Augenblicke der Gefahr, umhimmelt ihn gestern die schwarz-weiß-rote Presse. Welche Hoffnungen in den schwarz-weiß-rot Kreisen durch die Wahl Hindenburgs gehegt werden, zeigen diese beiden Auslassungen der „Kreuzzeitung“ und des „Reichshoten“:

„Für den deutschen Kronprinzen ist das Geburtsstagesgeschenk, das ihm das deutsche Volk durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten dargebracht hat, sicherlich von unschätzbarem Wert. Zeit ist doch, daß die Arbeit und Sorge seines Geschlechts um das Vaterland nicht vergebens gewesen ist, jetzt es doch, daß noch immer der Geist Friedrichs des Großen für Deutschland mehr bedeutet als ein fremdes System, in das wir wider unseren besseren Willen gezwängt worden sind.“

So möge dem Kronprinzen auch beschieden sein, daß er die Vaterlandsliebe des deutschen Volkes ganz erlebt. Es mögen seine eigenen besten Wünsche um das Schicksal der deutschen Nation und des deutschen Staates in Erfüllung gehen. Die Hoffnungen, die in ihm und in uns allen durch die Wahl Hindenburgs gesetzt wurden, sind riesengroß. Die Kämpfe und Mühen, die wir noch zu bestehen haben werden, sind schwer. Aber wir haben die Zuversicht, daß sie durchgemacht werden, wenn der

Der sozialdemokratische Protest stellt dann fest, daß gegen die Bestimmung, daß die Wahlumschläge undurchsichtig sein müssen, in den Wahlkreisen Bremen, Halle-Merseburg, Magdeburg, Braunschweig, Thüringen, Oberbayern und Dresden verstoßen worden ist. Hier sind dünne und hellfarbige Umschläge verwendet worden, durch die klar erkennbar war, in welchem der Kreise das Kreuz des Wählers gemacht worden ist. Auf Grund dieser Verstöße verlangt der Protest feitzustellen, inwiefern das Gesamtergebnis der Wahl beeinflusst worden ist, und überall, wo durchsichtige Wahlumschläge verwendet worden sind, die Wiederholungswahl vorzunehmen.

Für den zweiten Wahlgang waren amtlich rote Stimmzettel vorgeschrieben. Der Wahlprotest bringt Beweise dafür, daß mancherorts weiße Stimmzettel ausgestellt wurden.

Groß ist die Zahl von Verstößen und Beeinflussungen durch Wahlvorsteher. In manchen Orten hat der Gemeindevorsteher als Wahlleiter den Wählern schon vor dem 26. April die Stimmzettel ins Haus gebracht, auf denen der Name Hindenburg angekreuzt war. Gleichzeitig waren im Wahllokal keine Wahlzellen vorhanden, so daß die Wähler ihre Stimmzettel auf dem Tisch des Wahlvorstandes antreiben mußten. Dabei zeigte der Wahlvorsteher auf den Namen Hindenburg mit den Worten: „Den mußt du wählen, den habe ich auch gewählt.“ Derartige Verstöße sind besonders zahlreich in Ostpreußen vorgekommen, obwohl der Oberpräsident schon nach dem ersten Wahlgang sich zu einem Erlaß gegen diese Wahlbeeinflussungen und Wahlverstöße genötigt gesehen hat.

Auf Grund des zahlreichen Beweismaterials beantragt die Sozialdemokratische Partei gemäß § 7 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten, die Wahl vom 26. April für ungültig zu erklären. Die Aufgabe, daß die Berechtigung des neu gewählten Reichspräsidenten bereits für den 12. Mai vorzulesen ist, wird in dem sozialistischen Protest als ein unzulässiger Druck auf das Wahlprüfungsgericht bezeichnet. Das ganze Prüfungsverfahren würde zur Farce herabgewürdigt, wenn das Prüfungsgericht diesem Druck nachgäbe.

Zu dem Wahlprotest des Parteivorstandes schreibt der „Vorwärts“ u. a.: „Der reaktionäre Terror geht um... Geschäftig geht er nun auch schon wieder daran, das Wahlscheitern anzugreifen und die Wahlfreiheit zu gefährden. Laßt es eine Weile so weiter gehen und der unterirdische Pöbel wird wieder mit dem befohlenen Stimmzettel in der Hand vor den Suppenterrinen, die als Wahlurnen gelten, Kolonaise stehen. Daß es nicht so weiter geht, dafür will der sozialdemokratische Protest wirken. Wenn nicht einem großen Teil der Wähler die verfassungsmäßige Wahlfreiheit verloren gehen, wenn nicht das Volk nach dem Ergebnis solcher Wahlen regiert werden soll, dann muß dieser Rückkehr der „guten alten Zeit“ ein Riegel vorgehalten werden. Wenn das Junkertum Kreuzzüge zur Macht strebt, so hat es dafür hundert Gründe. Einer davon ist, daß es die Verwaltung in die Hand bekommen will, um wieder Wahlen machen zu können.“

Der „Vorwärts“ schließt seine Betrachtung: „Meine Wahlen sind das erste Erfordernis für die so häßlich geforderte „Reinigung des öffentlichen Lebens“.“

wiedererweckte nationalstaatliche Gedanke auf seinem Wege zur Macht siegreich fortgeschritten.“

„Die Monarchie wird nicht von heute auf morgen kommen. Aber der Tag wird sein, das ist gewiß, wo es wieder einen König von Preußen geben muß, und es gilt dafür zu arbeiten, daß das evangelische Hohenzollern dann das Reich zu neuer Blüte führt, wie es seit dem ersten Hohenzollernkaiser in stetigem Aufstiege geschah.“

Unser Kronprinz soll das noch erleben, das wünschen wir ihm zu seinem Geburtstag.“

Hindenburg soll Vorbereiter und Plahhalter der Monarchie sein. Das ist in der Hauptfrage die Rolle, die er nach dem Willen und Diktat der schwarz-weiß-rot Parteien zu spielen hat. Und dazu reicht es auch. Allerdings: ehe die monarchistischen Hoffnungen in Erfüllung gehen können, wird noch eine kleine Auseinandersetzung mit den Republikanern notwendig sein. Ihr Ausgang hängt ganz allein von der eifrigen und hitzematigen republikanischen Pflichterfüllung ab.

Zusammentritt der Wirtschaftskonferenz

Paris, 7. Mai. (Eig. Fundienst.) Die Wirtschaftskonferenz wird auf Antrag Englands wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche zusammentreten, um in der Frage der deutschen Entlohnung und der Räumung Kölns endgültige Beschlüsse zu fassen, die in der letzten Sitzung vertagt werden mußten, weil mehrere Mitglieder ohne Anwesenheit ihrer Regierung waren.

Aussperrung in der Holzindustrie

Hirschberg in Schlefien, 6. Mai. Heute früh ist im Gebiet des Landesverbandes der schlesischen Holzindustrie die Gesamtaussperrung der Belegschaften erfolgt, von der in ca. 100 Betrieben 7000 Arbeiter betroffen werden.

Steuerliche Ungerechtigkeiten

Von Dr. Müller.

Die Einkommensteuer in ihrer gegenwärtigen Fassung und auch in dem von der Reichsregierung ausgearbeiteten Entwurf entspricht den Anforderungen der steuerlichen Gerechtigkeit in keiner Weise. Die Belastung der niederen Einkommen ist viel drückender als der höheren Einkommen, und trotzdem hat man es für recht befunden, den Höchstfuß von 60% auf 35% zu ermäßigen, mit der Maßgabe, daß die Steuer im Höchstfalle nur 33 1/3% des Gesamteinkommens betragen dürfe. Man hat sich auch nicht gekümmert, als Begründung dafür anzugeben, daß die Steuermoral eine höhere Belastung als ein Drittel des Einkommens nicht aushält.

Wenn man in dieser weitgehenden Form den größeren Einkommen entgegenkommt, so hätte es nahegelegen, auch denen Erleichterungen zu bringen, die kaum das Notwendige zum Leben verdienen. Das ist jedoch nicht geschehen. Das von jeder Steuer befreite Einkommen ist nicht erhöht worden, obwohl angesichts der heutigen Preisverhältnisse niemand leugnen kann, daß ein steuerfreier Betrag von 60 M im Monat vollkommen unzulänglich ist. Nach den Berechnungen von Kuzynski beirug das Existenzminimum vor dem Kriege 870 M im Jahre. Unter Berücksichtigung der an Hand der Reichsindexziffer berechneten Preissteigerung ergibt das also heute ein Existenzminimum von rund 1100 M, während der Einkommensteuereinfluss auch in Zukunft 720 M jährlich von der Steuer befreien will. Die Steuerlast bei Uebersteigerung dieses ungenügenden Existenzminimums steigt im Anfang viel zu schnell. Schon ein Anfangssteuersatz von 10% ist für die davon Betroffenen eine außerordentliche Härte. Die Schonung der kinderreichen Familien genügt ebenfalls nicht um die Erleichterungen, die hierbei der Entwurf vorsieht, können an dieser Lasten nichts ändern.

Kommen so schon nach dem Gesetz die niederen Einkommen sehr schlecht weg, so tut die Praxis der Finanzämter noch ein Übriges, um die Lasten, die auf den schwächsten Schultern ruhen, noch fühlbarer und drückender zu machen. Dafür ein Beispiel: Der Reichsminister der Finanzen hat kürzlich auf eine Anfrage, inwiefern und in welchem Ausmaße Reisekosten dem Steuerabzug unterliegen, den Bescheid erteilt, daß nach den Bestimmungen der zweiten Steuernotverordnung auch die Aufwandsentschädigungen zu besteuern sind. Dabei handelt es sich in den meisten Fällen um Entschädigungen, die zur Bestreitung des durch den Dienst veranlassenen Aufwandes gewährt werden. Sie sind auch dann zu besteuern, wenn sie den erforderlichen Aufwand nicht übersteigen. Der Reichsfinanzminister hat wohl selbst die Härte, die in dieser Anordnung liegt, empfunden, denn er führt in seiner Antwort weiter aus, daß bare Auslagen außer Ansatz bleiben können, wenn sie dem Arbeitgeber im einzelnen nachgewiesen werden oder dem Arbeitnehmer nur in einer Höhe gewährt werden, die unabweisbar nur zur Deckung harter Auslagen ausreicht. Dagegen sind zu versteuern die sogenannten Vertrauensspesen. Mit dieser Regelung kann man sich auf keinen Fall einverstanden erklären. Jeder, der oft auf Reisen ist, weiß, daß das Leben in Städten und das Wohnen in Hotels eine Menge Ausgaben zur Folge hat, die der Dienst mit sich bringt, deren Nachweis aber im Einzelnen oft völlig unmöglich ist. Wenn der Reichsfinanzminister darauf hinweist, daß derartige Aufwendungen ja im Wege der Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages geltend gemacht werden können, so wird dieser Trost die betroffenen Steuerzahler kaum befriedigen. Derartige Gesetze erfordern viel Unannehmlichkeiten, der Erfolg ist höchst zweifelhaft und das Ergebnis ist in den meisten Fällen nur eine unnütze Belastung der Finanzämter. Die einfachste Lösung wäre daher zweifellos die, daß Spesen nur dann dem Steuerabzug unterliegen, wenn aus ihrer Höhe ersichtlich ist, daß sie eine Erhöhung des Einkommens bedeuten sollen.

Nach kleinlicher und unbedeutender als dieser Erlaß des Ministers erscheint uns das Vorhaben einzelner Finanzämter zu sein. So hat z. B. das Finanzamt in Dresden das Vorgehen billig und also auch die anderen sächsischen Finanzämter in gleicher Weise verfahren — bei Lohnsteuerkontrollen in den Betrieben beanstandet, daß die den Angestellten gewährten Tischgelder und Essensvergütungen nicht versteuert worden sind. Der Sachverhalt wird dabei in vielen Fällen so sein, daß die Angestellten Ueberstunden gemacht haben und aus Feterparnis auf ihre Tischzeit verzichtet haben. Dafür haben ihnen die Betriebe außer dem Ueberstundenzuschlag — ohne dazu verpflichtet zu sein — Tischgelder gewährt oder in der Routine Mittagsessen kostenlos verabreicht. Nach Ansicht des Finanzamtes ist diese Zuzahlung nach dem Gesetz steuerpflichtig. Die Firma muß also, wenn sie beispielsweise das verabreichte Mittagsessen mit 50 Pf. berechnet, von dem betreffenden Angestellten 5 Pf. Lohnsteuer einziehen. Das klingt wie ein Scherz, ist aber Tatsache. Und man muß sich fragen, ob die Finanzämter nicht wirklich mehr zu tun haben, als diesen Kleinigkeiten nachzuforschen. Uns scheint, als ob für die Finanzämter wichtigere und auch finanziell ertragreichere Kontrollaufgaben beständen.

Eine deutschnationale Jahresleistung

„Ein Berg von Scherben“

Am 4. Mai im vorigen Jahre erzielten bei der Reichstagswahl die Deutschnationalen ihren Wahlerfolg. Sie sind seitdem in der Reichsregierung vertreten. Was ist nun von den deutschnationalen großen Wahlversprechungen, die in der unverantwortlichsten und freivoltesten Weise den Wählern damals gemacht worden sind, durch die Deutschnationalen verwirklicht worden? In der „Deutschen Zeitung“ gibt darauf ein Deutschnationaler u. a. folgende Antwort:

„Laut, scharfgefaßt und unmißverständlich waren die deutschnationalen Grundforderungen der Deutschnationalen Partei all den Scharen der ausdeutschen Internationalisten und ihren Schildehaltern entgegengesendet worden, u. a.: Befreiung von Rhein und Ruhr, Revision des Versailler Vertrags, Zurückweisung des Dawes-Gutachtens und des Londoner Abkommens, Kampf gegen die Erfüllungspolitik überhaupt, Kampf besonders gegen die Kriegsschuldfrage, Verweigerung des Eintritts in den Völkerbund.“

So waren sie noch vor einem Jahr die Vorkämpfer nationaler Ehre und Selbstbestimmung. Was ist von jenen Kampfsiegeln, von jenem trotzigem Nein und aber Nein heute übrig geblieben? Wahrheitsgemäß gibt es nur eine Antwort: Ein Berg von Scherben.“

„Grell trat bei dem Siamesischen Handelsvertrag hervor, wie man sich im eigenen Neuzerunglos verstrickt hatte. Von der Kriegsschuldfrage ist es völlig still geworden über den Gewässern; so still, als sähe nicht ein einziger nationaler Mann in der Regierung. Es folgte das schändliche Garantieangebot, die freiwillige Befähigung und Verewigung des Versailler Zwangsriebs. Wieder einmal machen wir größte Enttäuschungen, sprechen unertägliche Versichte aus, ohne irgend etwas anderes dafür einzutauschen als vage Zusichten, eitle Hoffnungen, bestenfalls billige Versprechungen. Auch diese neueste Leistung von Herrn Stresemann hat kaum mehr als ein Rumeln der Unzufriedenheit von Seiten der durch eigene Schuld und Schwäche gebundenen Partei ausgelöst. Und doch ist das nicht die bloße Fortsetzung der Witt-Marzischen Erfüllungspolitik, sondern eine Steigerung, ihr Komparativ, wie ihn vielleicht kein deutscher Außenminister ins Werk zu setzen gewagt hätte, solange die Deutschnationalen in Opposition der Regierung fern und gegenüber standen.“

Genau so wird es auch mit all den schönen Versprechungen gehen, die die Schwarz-Weiß-Noten bei der zweiten Reichspräsidentenwahl unter Hinweis auf die Persönlichkeit Hindenburgs gemacht haben. Auch da werden die Wähler nach Jahresfrist sehr melancholisch feststellen können, daß sie von den Schwarz-Weiß-Noten abermals betrogen und betrogen worden sind.

Deutschnationale Schiebungen

Berlin, 6. Mai. (Eigener Bericht.) Eigenartige Geschäfte des Landbundkonzerns kamen im Haushaltsausschuß des Reichstages zur Sprache. Die Reichsgetreidestelle hatte im vorigen Jahre größere Mengen Getreide auf gekauft, um mit diesen Vorräten eine übermäßige Preissteigerung zu verhindern, was auch tatsächlich gelang. Obwohl die Reichsgetreidestelle gegenwärtig noch 140 000 Tonnen Getreide auf Lager hat, fehlen die Interessenten im Haushaltsausschuß doch die Forderung durch, daß die Reichsgetreidestelle nur noch bis zum Ende des nächsten Staatjahres bestehen bleibt. Die Reichsgetreidestelle kaufte ihre Vorräte nicht selbst ein, sondern beauftragte damit den Landbundkonzern, der in enger Verbindung zum Reichslandbund steht. Dieser Landbundkonzern, unter Leitung des bekannten deutschnationalen Hebers, Herrn v. Rahn in Cottbus, erhielt zuletzt einen Kredit von einer Million Mark, um Getreide einzukaufen. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde jetzt festgestellt, daß nur für 289 322 \mathcal{M} Getreide geliefert wurde. Der Rest des Kredits in Höhe von 710 678 \mathcal{M} ist vom Landbundkonzern angeblich nicht einzutreiben. Daß bei diesem Vorkommnis auch der Reichslandbund im Spiele steht, beweist am besten die Tatsache, daß er die Hälfte des verschundenen Restbetrages bedte. Die andere Hälfte mußte die Reichsgetreidestelle allerdings als Verlust streichen.

Die kommunistischen Wahlhelfer Hindenburgs

Das „Bayerische Vaterland“ hat jüngst rund und nett festgestellt, daß Hindenburg auf den Straßen der kommunistischen Partei zum Reichspräsidenten gelangt ist und in ähnlichen Gedankengängen beweist sich der nationalsozialistische „Oberbayerische Gebirgsbote“, der einen Leitartikel zum Hindenburg-Sieg stammelt und dort den Kommunisten wie folgt um den Wort geht:

„Noh ausgedrückt könnte man sprechen, wie zwei Millionen Kommunisten haben sich ein größeres Verdienst ums Vaterland, ums deutsche Volk erworben, als jene noch immer faul und träge herumlungelenden acht Millionen Nichtwähler, die man eigentlich zur Belohnung für ihre Gewissenlosigkeit für die kommenden sieben Präsidentenjahre in die nächsthöhere Steuerklasse setzen sollte — ohne Bewährungsfrist natürlich.“

Für die Kommunisten gibt es wohl kaum eine beachtendere Verdengung als die, die das Hakenkreuz-Blatt macht.

Die Sozialdemokratie gegen den Wucher der Kartelle

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei der Weiterberatung des Etats für das Reichswirtschaftsministerium die Frage des Mißbrauchs der Kartellgesetzgebung und des totalen Verfalls der Kartellgesetzgebung ausführlich zur Sprache bringen und Anträge auf Abhilfe begründen. Deshalb hat die Fraktion folgende Entschlieung eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu erjuden, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den 1. die Errichtung eines Kartellregisters angeordnet wird; 2. ein dem Gemeinwohl dienendes unabhängiges Kartellamt eingesetzt wird mit der Befugnis, in die Tätigkeit der Kartelle, Syndikate, Kräfte und ähnlicher Korporationen eingzugreifen, ihr Ge-

schäftsgeheimen fortlaufend zu überprüfen und das Ergebnis öffentlich bekannt zu geben.“

Zum Redner für diese Sache ist der Genosse Kräßig bestimmt. Im Reichswirtschaftsministerium ist man nicht erfreut, daß die Sozialdemokraten diese Frage aufrollen. Das zeugt von dem schlechten Gewissen, das man dort dieser Frage gegenüber besitzt.

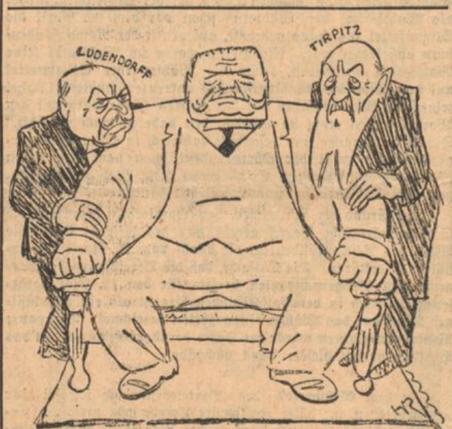
Aus dem Reichstage

Milchverbilligung — Siedlungswejen — Befetzte Gebiete

Im Haushaltsausschuß des Reichstages setzte sich am Dienstag bei der Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums Genossin Bohm-Schuch für die Verbilligung von 5 Millionen Mark zur Verbilligung der Milch für Bedürftige und zur Kinderpeisung ein. Der Vertreter des Zentrums schloß sich dem Antrag zwar an, wies aber doch darauf hin, daß vom Reich den Ländern 2,6 Milliarden Mark für solche Zwecke zur Verfügung gestellt worden seien. Das war natürlich Veranlassung für das Reichsfinanzministerium, sofort zu betonen, daß es sich bei diesem Antrage um Wohlfahrtspeisung handle, was Sache der Länder sei; der Antrag müßte deshalb abgelehnt werden. Das geschah denn auch von der bürgerlichen Mehrheit, die sich nur zu einer Entschlieung aufschwang, das Reich möge auf die Länder einwirken, die diesen zur Verfügung gestellten Mittel für die Kinderpeisung und die Verbilligung der Milch zu verwenden.

Der Siedlungsausschuß des Reichstages behandelte am Dienstag ein Antrag, angenommen, wonach die Reichsregierung veranlaßt die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen einen Antrag der bestehenden Reichsfinanzordnung, um baldigt das freie Spiel der Kräfte sich wieder auswirken zu lassen. Tatsächlich wurde der demokratisch-sozialdemokratische Antrag, keine Verbilligung der Reichsfinanzordnung vorzunehmen, abgelehnt und lediglich ein Antrag angenommen, der die Reichsfinanzordnung bis zum 30. September 1927 verlängern will.

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete wurde am Dienstag ein Antrag angenommen, wonach die Reichsregierung Mittel bereit stellen soll zu Ersatzbauten für beschlagnahmte Schulen und andere öffentliche Gebäude sowie für Lagerräume, Getreidepeicher usw. Ein weiterer Beschluß verlangt die Verbilligung von 17 Millionen Mark für die noch ausstehenden 1700 Wohnungsbauten im besetzten Gebiet.



„Nur keine Angst, wir werden das Ding schon drehen!“

Von den französischen Kommunisten

Paris, 6. Mai. (Eigener Bericht.) Die kommunistische Partei Frankreichs scheint aus den Fehlern der deutschen Kommunisten etwas gelernt zu haben. In einem von ihrem Zentralkomitee veröffentlichten Aufruf wird der Mißerfolg, den die Partei bei den Gemeindevahlen am Sonntag erlitten hat, u. a. damit begründet, daß es der Agitation der Gegner gelungen sei, durch den Hinweis auf die von den deutschen Kommunisten dem Kandidaten der Reaktion, Hindenburg, geleistete Wahlhilfe den Kommunismus in den Augen der Arbeiterklasse in Mißkredit zu bringen. Für die Entscheidung hat die Partei, gewißig durch das Mandat der deutschen Kommunisten und seine Rückwirkung die Parole ausgegeben, daß der Kampf in erster Linie der sozialistischen Reaktion gegen Hindenburg sei. Der Zentralkomitee hat eine Reihe von Richtlinien veröffentlicht, in denen er die örtlichen Verbände auffordert, ihre Kandidaten überall da, wo diese weniger Stimmen erhalten haben als die Liste des Kartells, zurückzugeben, sie dagegen aufrechtzuerhalten, wo sie mehr Stimmen als das Kartell auf sich vereinigen konnten. In den Wahlkreisen, wo die Sozialisten mit einer eigenen Liste in der Stichwahl stehen, soll der sozialistischen Partei die Aufstellung einer gemeinsamen Liste vorgeschlagen werden, auf der die Kandidaten beider Parteien im Verhältnis der im ersten Wahlgang erhaltenen Stimmen vertreten sein sollen. Die Wirkung dieser auf den ersten Blick überraschend vernünftig erscheinenden Beschüsse wird allerdings stark eingeschränkt durch die gleichzeitig ausgegebene Parole, daß die Partei unter allen Umständen am Stichwahlfeldzug teilzunehmen habe und auch da, wo sie die eigenen Kandidaturen zurückziehe, den Kampf gegen die „sozialistische Illusion“ fortsetzen müsse.

Deutscher Reichstag

Berlin, 6. Mai. Die erste Beratung der neuen Steuer- vorlage wird fortgesetzt.

Abg. Hennin (D.D.P.) erkennt an, daß endlich einmal eine deutsche Regierung sich daran gemacht hat, größere Klarheit in den Buß der deutschen Steuerlast zu bringen. Andererseits aber sei in der Steuerentlastung eine gerechte Feuerprobe der Regierung zu sehen und Inflationsergebnisse zu vermeiden. Das wäre aber notwendig gewesen für die Schaffung der Summen, mit denen die Besitzer von Reichsanleihen entschädigt werden müßten. Die deutsche Regierung begehre einen schmäbligen Vorbruch, wenn sie nicht den Anleihenbesitzern, die ihr voll Vertrauen ihr Geld geliehen haben, dies

endlich zurückzahlt (lebhafter Zustimmung bei den Bätischen). Der Reichsminister hatte nicht das Recht, die Anleihen für 1924 selbständig zu bewerten. Da hat der Reichstag mitzureden. Bei solchen Anleihen wären die Damesache gar nicht nötig gewesen, mit denen das deutsche Volk verlastet worden ist. Die deutsche Reichsbahn ist dem internationalen Finanzkapital ausbeutet worden. Der Mann, der diese Verhandlung als deutscher Vertreter führte, wurde dafür zum Generaldirektor der Reichsbahn mit 200 000 \mathcal{M} Gehalt gemacht. Mit dem Besitz der Reichsbahn hat das internationale Finanzkapital auch die Verfügung über die deutsche Wirtschaft erhalten. Die neuen Steuerentlastungen können uns nicht befriedigen, solange das Unrecht an den betrogenen Sparern nicht gut gemacht worden ist.

Abg. Dr. Frid (Nat.Sos. Arbeiterpartei) gibt eine kurze Erklärung ab, seine Gruppe lehne die Bier- und Tabaksteuer vorlagen vor.

Abg. Kling (Wirtsch. So.) führt aus, das derzeitige Steuer- system habe im Jahre 1924 die landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern besonders schwer geschädigt. Die einzelnen Steuer- läge müßten besser durchgestaffelt werden und den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Bauern entsprechen. Die Durch- führung müsse in allen bäuerlichen Betrieben obligatorisch ein- geführt werden. Der Ausschuss müsse noch wesentliche Verbes- serungen vorsehen.

Abg. Koenen (Komm.) führt aus, der Bericht der übrigen Parteien auf die zweite Rednerreihe sei der klare Beweis dar- für, daß es dem schwarz-rot-goldenen Block nicht ernst sei mit dem Kampf gegen den schwarz-weiß-rotten Block. Aus den vor- liegenden Gesetzentwürfen ergebe sich, daß keine Steuer ge- schaffen werde, die das Vermögen der Besitzenden anreize.

Die Steuerentlastungen werden hierauf an den Steuerans- chuss überwiesen. Um 1/5 Uhr vertagt sich das Haus auf Frei- tag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht das Aufwertungsge- setz.

Zum Justizskandal von Durlach

Herr Staatsanwalt! Warum zaudern Sie?

Uns wird geschrieben: Zu dem bereits im „Volkstribune“ veröffentlichten Tatsachenmaterial, mit dem bewiesen ist, auf welcher Seite die Schuld der Vorkommnisse am Wahlfesttag liegt, hat der Staatsanwalt bis jetzt noch nichts unternommen; er hat sich die Herrschaften der schwarz-weiß-rotten Stände- macht noch nicht näher angesehen.

Warum ist bis heute noch nicht gegen den tollmütigen Schlageterbündler Erb die Untersuchungschaft verhängt worden? Es sind Zeugen vorhanden, die bekunden, daß Erb vom „Märkchen“ herunterrief: „Heute hat es schon einmal gekracht, es kracht noch weiter!“ Derselbe Erb hat sich morgens schon er- brühet: „Ich schicke einen über den Haufen, ohne mich umzusehen.“ Es können Zeugen — Frauen aus Grimmetersbach — bezeugen, daß die Hilerleute durch Steinewerfen etc. sich zum Kampf rüsteten. Es sind ferner Zeugen vorhanden, die ausfagen können, daß die Hitler am Sonntag nachmittag in Wolfartsweiler geschossen haben. Zwei von den Geschossen schlugen in der Hofstade des Robert Westinger ein. Ein weiterer Junge kann eidlich be- stätigen, daß die Hilerleute, als sie am Sportplatz in demon- strativer Weise gegenüber den Fußballmannschaften und Jüdis- zuschauern ein Hoch auf Hindenburg ausbrachten, und die Gegenpartei mit Pfeifen antwortete, die Hilerleute da- bis zehn schärfte Schuß auf das Publikum abgaben. Auch hier war Erb wieder der Anführer.

Herr Staatsanwalt! Genügen Ihnen diese Zeugen noch nicht, um bei den Schwarz-Weiß-Noten nach den Schuldigen zu sehen und Rottungen vorzunehmen zu lassen, um den Tat- bestand einwandfrei feststellen zu lassen? Oder sind Ihnen diese Burden zu schade, daß Sie die Untersuchungschaft über sie verhängen, trotzdem heute feststeht, daß die Ursache an die- sem Vorkommnis, wie auch für deren Ausgang, nur Hilerleute sind?

Und nun noch eine andere Frage an den Staatsanwalt: Es steht nach Zeugnisaussagen fest, daß von den Reichs- bannernleuten niemand geschossen hat. Es steht ferner fest, daß Wachmeister Reize in der fraglichen Zeit überhaupt keine Schußwaffe bei sich hatte. Wie in diesem Falle von den Kriminalbeamten gearbeitet wird, soll folgender Vorfall beweisen: Einer von den verhafteten Reichsbannernleuten wurde aufgefordert, belastende Aussagen gegen den Wachmeister Reize zu machen, man wollte ihn mit der Finte einfangen, daß ein Reichsbannermann ausgefagt hätte, Reize habe Erb ins Geficht geschossen, das soll er, der ver- haftete Reichsbanner gesehen haben. Kein Wort von dem ist wahr, was der Kriminalpolizist dem verhafteten Reichs- bannermann auf die Junge legen wollte. Wenn allerdings der ganze Kriminalapparat gegen die Verhafteten zu eingestellt ist, daß die Beamten für die verhafteten Reichsbannernleute unter allen Umständen belastende Aussagen vor den zu Vernehmenden wollen, aber bei den angetasteten Nachforschungen nicht aus- lassendes für die wirklichen Schuldigen erfahren wollen, nimmt es uns nicht wunder, daß bereits 80 Reichsbannernleute in Haft gehalten werden, während die schwarz-weiß-rotten Haupttäter in den Straßen Durlachs und Karlsruhe ihre Provokationen weiter fortsetzen.

So wie die badische Justizbehörde bis jetzt verfahren ist, daß sie sich bemüht, nur einseitig das Material zusammen- zutragen und Reichsbannernleute zu belasten, hat es den An- schein, als sollte ein zweites Striegau geschaffen werden. Ja, die Dinge liegen so, daß einwandfreie Zeugen sich im Hin- tergrund halten, da sie befürchten müssen, als Teilnehmer ver- haftet zu werden. Diese Befürchtungen der Zeugen haben ihren tatsächlichen Hintergrund darin, daß bisher Leute, die als Zeu- gen auf republikanischer Seite schmeres zu bekunden mußten, tatsächlich in Untersuchungschaft genommen wurden.

Je mehr die objektive Behörde der Welt, die Staats- anwaltschaft, in diesem Falle gegen Republikaner waltet, desto frecher werden die Hilerbanditen. Sollte die Behörde, die für die öffentliche Ruhe und Ordnung verantwortlich ist, diesen frechen Gebaren dieser Reichsbannernleute, die sich allabend- lich auf der Straße tummeln und Reichsbannernleute und andere Personen, die ihnen als Republikaner erscheinen, anzuweilen, nicht das Handwerk legen, dann wird, dies sei von dieser Stelle aus gesagt, das Reichsbanner zur Selbsthilfe greifen. Die intellektuellen Urheber dürfen dann in jenen Kreisen zu- suchen sein, die vielleicht dieses Treiben dieser besseren Bomben- seider der Wahl Hindenburgs gerne sehen. Wir drohen nicht — wir warnen aber!

Große Heberschüsse im Reichshaushalt

Aus dem Steueranschluß des Reichstags

Der Steueranschluß des Reichstags begann unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Oberjöhren (Dnt.) mit der Beratung der Steuerentwürfe.

Die Aussprache wurde mit einer Rede des Reichsfinanzministers v. Schlieffen eröffnet. Der Minister führte u. a. aus: In meiner Rede im Plenum des Reichstags am 30. April habe ich berichtet, Ihnen ein Bild über das voranschreitende Ergebnis des Jahres 1924 zu geben. Ich mußte mich darauf beschränken, Ihnen in großen Zügen zu zeichnen. Wenn ich heute von der Kassenlage am 31. März, dem Tage des Abchlusses des Rechnungsjahres 1924 ausgehe, so muß ich zunächst betonen, daß das Bild, wie es sich aus der Kassenausweise darstellt, in dem Zahlenmaterial nicht identisch ist und nicht sein kann mit demjenigen, wie es sich aus der Zusammenstellung der Etatszahlen ergibt, denn der Etat, namentlich der Ihnen demnächst zugehende Ergänzungsetat enthält Summen, deren Herausgabe planmäßig vorgeesehen ist, die aber bis zum 31. März noch nicht verausgabt waren. Sie haben sicherlich die Veröffentlichungen verfolgt, die das Reichsfinanzministerium veröffentlichte. Sie werden daraus erfahren haben, daß in der Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925 ein Heberschuß von 600 Millionen Reichsmark erwirtschaftet worden ist. Dieser Heberschuß ergibt sich aus den Mehrbeträgen aus Zöllen und Steuern. Aus den Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums erfahren Sie weiter, daß im März 1925 außerordentlichen Einnahmen aus den veränderten Steuern in Höhe von 136 Millionen Reichsmark am 31. März noch nicht an die Reichskasse abgeliefert waren. Dieser Posten bildet ein Gutachten, das erst nach Monatsabschluss zur Reichskasse fließt. Ich folge die Sache kurz zusammen: Heberschüsse nach dem letzten Monatsübersicht 600 Millionen Reichsmark, noch nicht abgelieferte veränderte Einnahmen für März 1925 136 Millionen Reichsmark, noch nicht abgelieferte Gewinne aus der Bilanzvergrößerung 220 Millionen, Rest des Rentenankaufes 445 Millionen. Dies ergibt zusammen einen Soldebestand von 1361 Millionen Reichsmark. Hier sind verschiedene Posten abzuziehen, die zunächst noch nicht als endgültige Ausgaben verbucht sind, sondern als Betriebsmittelposten und Darlehen, deren Rückzahlung zunächst noch nicht in Aussicht steht. Nach Abzug dieses ergibt sich ein Soldebestand von 1227 Millionen. Dieser Soldebestand war am 31. März 1925 vorhanden. Insgesamt betragen die Mehrausgaben des Reiches 1119 Millionen. Hierunter sind die Ersparnisse abzuziehen, die bei den in den Etat eingeschalteten Summen erübrigt sind. Diese Ersparnisse schätze ich auf 500—600 Millionen Reichsmark. Durch diese Summe erhöht sich die Mehrausgabe, so daß die reine Mehrausgabe etwa 550—570 Millionen Reichsmark betragen werden. Nicht man diese Summe von der Gesamteinnahme von 1922 Millionen ab, so ergibt sich ungefähr die Summe, die ich Ihnen im Eingang meiner Ausführungen als Kassenbestand am 31. März 1925 genannt habe. Der Kassenbestand bezifferte sich am 1. April 1925 auf 1361 Millionen und nach Abzug der an die Braunkohlenmonopolverwaltung, die Reichsbahn und die Deutschen Werke abgewiesenen Kredite auf 1227 Millionen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, die teilweise vertauschelt Natur waren, ging der Minister darauf ein, in welcher Weise über die verbleibende Summe von 1227 Millionen bereits verfügt ist, oder noch verfügt werden soll.

Badischer Landtag

32. Sitzung
Karlruhe, 6. Mai.

Um die Immunität der Abg. Ritter und Wager. — Die Verzugszuschläge bei nicht rechtzeitiger Steuerzahlung. — 10 Millionen Mark Kredit für das Badenwerk. — 1 Million zur Förderung des Wohnungsbaues. — Die Postverhältnisse auf dem Lande

Das Haus und die Tribünen sind sehr gut besucht. Die Zahl der Eingänge ist, wie nach jeder längeren Pause, wieder sehr groß. Es handelt sich darunter u. a. eine Denkschrift über die Unterhaltung des badischen Landtaggebäudes; ein Antrag des Zentrums verlangt die Vorlage einer eingehenden Darstellung über die Liquidation des Hagenstiftsunternehmens nach rechtskräftiger Entscheidung der zur Zeit bei Gericht anhängigen Rechtsfache. Deutschnationale und Volkspartei ausgerechnet diese beiden die Vorformulierung am Montag (Abg. Engler bemerkt: Es muß eine förmliche Anfrage eingereicht werden, damit man auch darüber reden kann). — Eine kurze Anfrage des Abg. Käßler betr. den Abbau von badischen Angestellten und Beamten ist durch eine statistische Aufstellung des Finanzministers, die den Mitgliedern des Hauses zuging, beantwortet worden.

In einer Erklärung des Abg. Schmidt (Dnt.) betonen, die dieser selbst verliest, stellt Herr Schmidt fest, daß es ihm in seiner Rede vom 18. Februar (in der er von einem Beamten als von einem Verbrecher sprach) ferngelegen habe, einen Beamten in seiner Ehre und Stellung herabzuwürdigen. (Geheuerl und Jacute links). — Es hat etwas reichlich lange gedauert, bis Herr Abg. Schmidt-Bretten herbei ließ, seine unerhörten Unterempfehlungen zurückzunehmen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft

Die Aufhebung der Immunität der Abg. Lothar Wager und Jakob Ritter

Den Ausschussbericht erstattet Abg. Wittenmann. Beide Herren sind beschuldigt, Staatsämter beleidigt zu haben, der eine den Staatsanwalt von Mannheim, der andere jenen von Karlsruhe. Herr Wager hat dem Karlsruher Staatsanwalt den Vorwurf der Rechtsbeugung gemacht, ähnlich ist auch der Vorwurf, den Herr Ritter in der Rheinischer Arbeiterzeitung dem Staatsanwalt von Mannheim gemacht hat. — Der Ausschuss beantragt für beide Abgeordnete die Aufhebung der Immunität.

Abg. Schmidt-Bretten (Dnt.) ist zwar nicht gegen den Antrag, er will den Schein vermeiden, als ob seine Reaktion die Aufhebung der Rechtspflege hindern wolle; der Redner bringt aber doch eine Reihe Bedenken vor, die zeigen, wie unangenehm es den Deutschnationalen ist, daß ihr Freund Lothar Wager sodann die Anklage gegen jenen muß. Der Redner behauptet dann weiter, der „Volkfreund“-Karlsruhe bringe dauernd Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft, ohne daß diese sich zum Wort äußere. Er sei überzeugt, daß z. B. wegen des Artikels vom 4. Mai „Der Justizandal von Durlach“ die Staatsanwaltschaft noch keinen Finger krümmen gemacht habe. Das zeige, wie parteiisch die Staatsanwaltschaft sei. Seine Reaktion enthalte sich der Stimme. — Abg. Glöckner (Dem.) ist gegen die Aufhebung der Immunität aus grundsätzlichen Erwägungen.

Abg. Marum (Soz.) stimmt dem Antrag des Ausschusses zu. Die Stellungnahme des Reichstags ist kein Gesetz, wir sind nicht gehalten, dem Brauch des Reichstags zu folgen. Wir sind durchaus selbständig in unseren Handlungen. Unter dem Punkt ist gegenüber dem Reichstags der richtige. Wenn Herr Wager einen solchen schweren Vorwurf erhebt, wie es in seinem Artikel geschah, dann muß er auch die Möglichkeit

erhalten, seinen Vorwurf zu beweisen. Sinn der Immunität ist Laus des Parlaments und Schutz des Abgeordneten. Dieser Sinn wird aber nicht beeinträchtigt, wenn das Strafverfahren gegen den Abg. Wager und Ritter durchgeführt wird. Welche Motivation hätten die Deutschnationalen entfallen, wenn etwa ein sozialdemokratischer Abgeordneter wegen eines Vertrauensbruchs, wegen Begünstigung, zu einer Geldstrafe verurteilt worden wäre! Eine ganze Reichspräsidentenwahl hätte man damit bestritten. (Zustimmung und Beifall.) Auf die Gefahr hin, daß unsere heutige Stellungnahme sich auch gegen uns selbst lehren kann, stimmen wir dem Antrag zu. Die Verhältnisse sind heute andere, wie vor dem Kriege. Damals waren die Parlamentarier nur kurze Abschnitte in den Pausen gerichtlich zu belangen. Heute aber ist das Parlament dauernd verammelt, es ist also nicht möglich, während der ganzen Mandatsdauer einen Abgeordneten gerichtlich zu verfolgen. Das kann aber nicht der Sinn der Immunität sein. — Abg. Bod (Komm.) lehnt den Antrag ab. — Abg. Dr. Föhr (Str.) unterstützt den Antrag. Die Immunität darf nicht so weit gehen, daß der Abgeordnete einen Freibrief hat, alle möglichen Beschuldigungen gegen staatliche Institutionen auszusprechen, sich aber dann der Beweisführung zu entziehen durch Jurisdikta auf seine Immunität. Im Geschäftsordnungs-ausschuß hat der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei erklärt, daß Abg. Wager die Aufhebung der Immunität nicht wünsche. (Es sei dieser Feststellung gegenüber bemerkt, daß der Abg. Schmidt-Bretten hierüber in seiner Rede erklärte, daß Abg. Wager die Aufhebung der Immunität wünsche!!! Der Herr.) In beiden Fällen liegt ein öffentliches Interesse vor. — Abg. Dr. Wager-Karlsruhe (Dnt.) erhebt sich in langen Ausführungen über die Bedeutung der Immunität, gegen deren Aufhebung er sich wendet. — Abg. Käßler vom Landbund stimmt ebenfalls dem Antrag nicht zu. — Ihm gegenüber heißt Abg. Wittenmann (Str.) fest, daß Abg. Glöckner vom Landbund der Strafverfolgung Wagers zugestimmt habe, heute ist Abg. Käßler (Landb.) dagegen. Man sehe da wieder die Fäden, die von den Deutschnationalen zu dem Landbund laufen.

Justizminister Trunk weist Bemerkungen des Abg. Käßler zurück und verweist sich dagegen, daß die Justizbehörde den Landtag nur mit Kopfschütteln behelligen. Gegenüber dem Abg. Schmidt-Bretten fordert der Minister diesen auf, ihm einen Fall zu nennen, wo der Justizbehörde ein solcher Vorwurf eines Verbrechens gemacht worden ist, wie es in dem Artikel des Abg. Wager der Fall ist. Wenn in den angeführten Artikeln des „Volkfreund“ ein Vorwurf der Justizbehörde gemacht wird, so werde auch nach jener Richtung vorgegangen werden. — Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Bod (Komm.), Dr. Glöckner (Dem.), des Generalstaatsanwalts Dr. Sauer, des Abg. Marum und Wittenmann ist endlich die Debatte die die ganze Vormittags-sitzung beanspruchte, erschöpft. — In einer persönlichen Bemerkung weist Abg. Dr. Käßler dem Vorwürfe des Abg. Schmidt-Bretten als ungerechtfertigt und leichtfertig zurück. — Dem Antrag des Geschäftsordnungs-ausschusses auf Genehmigung der Strafverfolgung der beiden Abgeordneten wird zugestimmt.

Um 1/2 Uhr mittags wird die Sitzung geschlossen und die Weiterberatung auf 4 Uhr festgesetzt.

33. Sitzung

In der Nachmittags-sitzung kommt in der Weiterberatung der Tagesordnung zum Ausdruck

Die 7. Kammerung des Grund- und Gemeindeförderungsgesetzes. Berichterstatter ist Abg. Wager. Wie im Ausschussbericht bereits berichtet, handelt es sich bei der Kammerung um den Ausgleich des Grund- und Gemeindeförderungsgesetzes an die Reichs-abgabeberechnung; in speziellen soll die Erhebung von Verzugszuschlägen den reichsgesetzlichen Bestimmungen angepaßt werden. — Abg. Dr. Mathes (Dnt.) meint durch die Einführung der Verzugszuschläge würden nur die kleinen Steuerzahler getroffen, nicht aber die Großen; seine Fraktion lehnt das Gesetz ab. — Abg. Bod (Komm.) lehnt ebenfalls das Gesetz ab. — Abg. Wager (Str.) hält den Abbau der Verzugszuschläge für nötig. Der Abbau nur für badische Steuern sei nicht angängig, denn der Steuerzahler würde dann nur die Steuern zunächst zahlen, für die ihm ein Verzugszuschlag bei nicht rechtzeitiger Zahlung droht. — Abg. Au (Landb.) übt ebenfalls Kritik an den Verzugszuschlägen. Der Gegenstand sei nicht nötig, deshalb lehne seine Fraktion das Gesetz ab. — Abg. Freudenberg (Dem.) hält das Gesetz ebenfalls für überflüssig, stimmt aber dennoch zu. — Abg. Marum (Soz.) erklärte die Zustimmung der Sozialdemokraten. Verzugszuschläge muß nur der zahlen, der schuldhaft mit seiner Steuerzahlung im Rückstand ist. Wenn man dem Großteil der deutschen Bevölkerung schon am Tage der Fälligkeit die Steuer am Lohn oder Gehalt abzieht, dann ist es nicht ungerade, wenn dem, der schuldhaft im Rückstand kommt, eine Verzugstrafe auferlegt wird. — Es sprechen noch weiter die Abg. Wäger (Str.), v. Au (Landb.), Bod (Komm.), Wittenmann (Str.), Albin (Str.), der Finanzminister Dr. Köhler, — der erklärte, daß verniedert werden solle, daß zu viele Termine in einem Monat zusammenfallen, daß aber Baden nicht Sonderrechte gehen könne, sondern sich nach dem Rechte richten müsse; außerdem könne jedermann um die Zahlung von Verzugszuschlägen herumkommen, wenn er die Zahlungsgeschäfte einrichte. — Der Antrag auf Vereinfachung der Verzugszuschläge wird gegen 11 Stimmen angenommen, ebenso ein Antrag, der die Zurückführung der derzeitigen Verzugszuschläge für verpöbelte Steuerzahlungen auf ein erträgliches den heutigen Zinsverhältnissen entsprechendes Maß verlangt.

Aufnahme eines Anlehens für den Zweck des Badenwerks

Das Anlehen soll 10 Millionen betragen, die von der Reichspost dem badischen Staat geliehen werden, der es an das Badenwerk verleiht. Abg. Marum erstattet den Ausschussbericht und beantragt Zustimmung zur Gesetzesvorlage. — Abg. Mathes (Dnt.) hätte eine eingehende Begründung der Vorlage gewünscht. Die Deutsche Volkspartei habe keinen Einfluß und keinen Einfluß in die Tätigkeit und die Wirtschaftsführung des Badenwerks, welche Möglichkeit die Sozialdemokraten dagegen hätten. Das Verlangen der Deutschen Volkspartei nach Vorlage genauerer Unterlagen sei deshalb verständlich. Die Fraktion stimme trotzdem der Vorlage zu. — Finanzminister Dr. Köhler stellt fest, daß es ein Irrtum des Herrn Dr. Mathes sei, wenn er meine, das Badenwerk sei eine Domäne der Sozialdemokraten. Der Aufsichtsrat von 11 Köpfen bestche nicht ausschließlich aus Anhängern der Koalition. Die Vertriebsform der Aktiengesellschaft sei eine wesentlich bessere und zweckmäßigere wie die Form eines reinen Staatsbetriebs. Es geht aber nicht an, daß eine staatliche Aktiengesellschaft in aller Öffentlichkeit registriert wird. Wenn alle Aktiengesellschaften im Deutschen Reich so gut dastehen würden wie das Badenwerk, dann würde es um die deutsche Wirtschaft besser stehen. Abg. Bod (Komm.) stimmt der Vorlage zu; er will wissen, warum zusätzliche Kredite nicht zu erreichen gewesen wären. (Der Finanzminister ruft: Die Besorgungen!) — Abg. Dr. Wager-Karlsruhe (Dnt.) tritt ebenfalls für die Vorlage ein, ebenso Abg. Käßler (Landb.), der Kritik an der Reichspost des Badenwerks übt und wünscht, daß der Staat nur 10 Prozent der Aktien hätte und das Privatkapital 51 Prozent (!); — Abg.

Freudenberg (Dem.) rühmt die bisherige Politik des Badenwerks. — Nach dem Schlußwort des Berichterstatters Marum wird die Vorlage einstimmig angenommen.

Förderung des Wohnungsbaues

Das Staatsministerium beantragt, aus dem nächsten Nachtrag zum Staatsboranschlag aus den für die Jahre 1924/25 anzuwendenden Mitteln für den Wohnungsbau 1 Million Mark vorzugunehmen. Der Betrag von 1 Million setzt sich zusammen aus 400 000 Mark für Arbeitsgeberdarlehen für Beamte und Arbeiter des Staates, 100 000 Mark für Arbeitsgeberdarlehen für abgebaute Beamte des Staates und 500 000 Mark zur Gewährung von Kommunalfondsdarlehen. Den Ausschussbericht gibt Abg. Dr. Glöckner. Die Verwirklichung dieser Kredite ist nötig, da der im Staatsboranschlag vorgesehene Betrag für diese Zwecke seit längerem erschöpft ist, aber ständig neue Anträge eingeht. — Abg. Bod (Komm.) erwartet, daß die Regierung im Nachtrag des Staatsboranschlags größere Mittel einstellt, um den Kleinwohnungsbau von Nichtbeamten zu fördern. — Der Antrag der Regierung wird einstimmig angenommen.

Die Postverhältnisse auf dem Lande. In einer förmlichen Anfrage des Landbundes wird festgestellt, daß die Reichspostverwaltung dem einstimmigen Beschluß des Landtags vom 5. Februar bis jetzt in keiner Weise Rechnung getragen hat. Es sei nur eine Verschlimmerung in den Verhältnissen der Landbezirke dadurch eingetreten, daß immer noch Postagenturen und Hilfsstellen abgebaut werden, oder daß den Gemeinden zugemutet wird, den Aufwand für diese Stellen selbst zu tragen. Die Regierung wird in der von Abg. Hagin (Landb.) begründeten Anfrage gefragt, was sie unternommen hat, und was sie zu tun gedenkt, um die Reichspostverwaltung zur Einhaltung ihrer Verpflichtungen zu veranlassen. Abg. Hagin bemerkt, die Zustände der Postverwaltung seien „vorjüngstlich, die aus Mittelalter grenzen“ (Beifall). Der Redner verlangt die Wiederherstellung der Vorverhältnisse. Der Post ist die Bestimmung dieser Verhältnisse bei ihren derzeitigen Heberschüssen möglich. Im Gebiet der Oberpostdirektion Konstanz seien die Verhältnisse schlimmer wie im Gebiete der Oberpostdirektion Karlsruhe. — Der Präsident teilt mit, daß der zuständige Referent des Ministeriums heute mittag erkrankt ist. Die Verantwortung der förmlichen Anfrage daher heute nicht möglich ist. Antwort und Beantwortung wird auf die morgige Sitzung verschoben.

Zum Schluß der Sitzung werden eine Anzahl Gesuche und Beschwerden nach den Anträgen des Ausschusses erledigt. Da sich bei einem Gesuch eine längere Debatte entspannt, wurden nicht alle Gesuche und Beschwerden erledigt, sondern um 1/2 Uhr abgebrochen und Weiterberatung auf Donnerstag vormittag 9 Uhr festgesetzt.

Aus dem Freistaat Baden

Der Landbund verlangt den Reichsblod auch für die Landtagswahlen

Bei der 5. Landesversammlung des Badischen Landbundes, die am Sonntag in Karlsruhe stattfand, erstattete der Landtagsabg. Käßler den Bericht über die Landtagsarbeit des Landbundes. Er hat unteres Erachtens damit nicht viel Zeit gebraucht, denn dem Landbund geht es wie den Kommunisten: er stellt meistens Anträge, mit denen nichts anzufangen ist, und die daher regelmäßig abgelehnt werden. Herr Käßler aber teilte noch etwas anderes mit, was auch andere Parteien interessiert. Er beschäftigte sich mit dem bekanntlich im Herbst stattfindenden Landtagswahlen und bemerkte hierzu, wie wir schon meldeten,

„daß Vorstand und Landesausschuß beschlossen haben, der Landbund soll versuchen, die Parteien, die bei der Reichspräsidentenwahl zusammen gingen, auch bei der Landtagswahl zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bringen.“

Herr Käßler hat damit vorzeitig die Nase aus dem Sack gelassen; er hat das Wahlprogramm der Reichsparteien des Landtages für nächsten Herbst bereits schon jetzt in die Öffentlichkeit hinausgeschleudert, dafür werden ihm die Führer der Bruder-Parteien, die Abg. Wager-Karlsruhe (Deutschnationale Volkspartei) und Weber (Deutsche Volkspartei) wenig dankbar sein. Denn man hats doch versucht, den Reichsblod auch für Baden zustande zu bringen, und zwar bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924, und es ist vorbeigekommen. Damals hat sich Herr Käßler über den Ausnahm der Verhandlungen stark geärgert, denn er wollte ja auch „obis“ werden. Jetzt soll dem Hindenburg-Reichsblod ein Reichsblod für die badischen Landtagswahlen folgen. Glücklich, Herr Käßler und gute Fahrt mit Ihren 7 Parteifreunden im Landtag. Wieviele von ihnen bei der Gründung des Reichsblocks wiederkehren werden, darüber entscheidet dann nicht Herr Käßler, sondern der geriffene Verhandlungsbisponent, der Kirchenrat a. D. Wager. Und auch der Baden-Badener Weber läßt seine 5 Männer nicht im Stich. Somit eröffnen sich die schönsten Aussichten für den neuen badischen Hindenburg-Blod.

Die Wahlen zur bad. Landwirtschaftskammer

Die Neuwahlen zur Badischen Landwirtschaftskammer sind schon amtlich ausgeschrieben worden. Die Wahlhandlung ist festgesetzt auf Sonntag, 7. Juni ds. Js. und dauert von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr. In besonderen Wahlgängen sind zu wählen 36 Vertreter der Unternehmer und 8 Vertreter der Arbeitnehmer. Die Vertreter der Unternehmer werden in den 4 Wahlbezirken Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim gewählt, die mit den Landeskommissariatsbezirken übereinstimmen. Gewählt werden in den Bezirken Konstanz 9, Freiburg 10, Karlsruhe 7 und Mannheim 10 Kammermitglieder. Für die Wahl der Arbeitnehmer sind die Landeskommissariatsbezirke Konstanz und Freiburg zum Wahlbezirk Konstanz, die Bezirke Karlsruhe und Mannheim zum Wahlbezirk Karlsruhe zusammengefaßt. Jeder Arbeitnehmerbezirk wählt 4 Kammermitglieder.

Die Wahlen erfolgen, wie die zu den politischen Vertretungen nach dem Proporz durch amtlich hergestellten Stimmzettel. Man sieht in landwirtschaftlichen Kreisen dem Ausgang der diesjährigen Landwirtschaftskammerwahlen mit großer Spannung entgegen, da seitens der landwirtschaftlichen Organisationen lebhafteste Anstrengungen gemacht werden, um die derzeitigen Mehrheitsverhältnisse in der Landwirtschaftskammer zu ändern. Zurzeit ist in der Landwirtschaftskammer der Landbund, der bekanntlich auch den Kammerpräsidenten zu stellen hat und die mit ihm verwandten Organisationen aus-

Betrachtungen zur Reichspräsidentenwahl

Trotz des herrlichen Maienabends, der mehr ins Freie lockte als zu einer Versammlung, war die geistige Parteierfassung recht gut besucht, jedoch der Garten- jaal des „Friedrichshof“ vollbesetzt war. Es ist dies ein Zeichen dafür, daß trotz des Sieges der Rechtsparteien anlässlich der Reichspräsidentenwahl der Kampfeswille und Kampfesmut der Parteigenossen ungebrochen ist und die Parteiorganisation unerschüttert dasteht — zu neuen Kämpfen bereit! Und so wie hier ist es erfreulicherweise in allen Gauen der deutschen Republik.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Parteierfassung stand nur ein Punkt, und zwar ein Vortrag des Genossen Dr. Engler über

„Wirkungen und Folgen der Reichspräsidentenwahl“.

Der Redner behandelte dieses hochwichtige Thema mit der von ihm gewohnten Tiefgründigkeit und politischer Sachkenntnis, jedoch von Anfang bis Ende gespannte Aufmerksamkeit herrschte.

Nachdem der Vorsitzende Gen. K o s t a c h die Versammlung eröffnet und allen Genossen und Genossinnen, die Wahlarbeit verrichtet, den Dank der Partei ausgesprochen hatte, erteilte er dem Referenten das Wort.

Genosse Dr. Engler

führte u. a. folgendes aus:

Die Reichspräsidentenwahl hat Erscheinungen gezeigt, die eine eingehende Betrachtung erfordern, um falsche Schlussfolgerungen zu vermeiden. Im zweiten Wahlgang standen sich zwei Parteien gegenüber: Die republikanischen Parteien kämpften offen für ihre Ideen und Ziele, welche sind Demokratie, Republik, Völkerverständigung, soziale Gerechtigkeit, staatsbürgerliche Gleichberechtigung des Einzelnen, und Gleichwertung aller Stände. Bei dem Eintreten für die demokratische republikanische Staatsform ist für unsere Partei ausschlaggebend, daß es dem Arbeiterstand in Deutschland nur in dieser Staatsform möglich ist, seine Interessen wirksam zu vertreten. Es muß auch die Tatsache festgehalten werden, daß zu den republikanischen Parteien, die Bevölkerungsgruppen die politischen und religiösen Gemeinschaften gebildet, denen man früher die Gleichberechtigung und Gleichwertung versagte, während die Hindenburgkandidatur von den Parteien getragen wurde, die im alten Staat zu den Bevorrechteten gehörten und welche auch jetzt noch um ihre alten Privilegien kämpfen. Die Ideen und Ziele der Republikaner haben in diesem Wahlkampf ihre stärkste Kraft bewiesen, daran kann auch der Wahlerfolg der anderen Seite nichts ändern. Dieser Erfolg kann nicht als ein Sieg irgend einer Idee oder eines Programmes gewertet werden.

Der Sieg konnte von den Rechtsparteien, nur durch Verleugnung ihrer bisher vertretenen politischen und wirtschaftlichen Ziele und durch eine gewissenlose religiöse und nationalstimmliche Dege erreicht werden. Die Herren denken angeblich nicht daran, die Republik zu beseitigen, Staatsform ist Nebensache; sie reden von Volksgemeinschaft und verschweigen, daß die Arbeiter von dieser Gemeinschaft ausgeschlossen sind. Sie reden von sozialer Gerechtigkeit und verschweigen, daß ihnen jede Sozialpolitik ein Greuel ist. Sie schwiegen über ihre Aufwertungspolitik, in der Hoffnung, daß die früher gemachten Versprechungen noch wirken werden und der vollendete Wortbruch noch nicht rufbar sei. Sie redeten von konfessionellem Frieden und sicherten ihren Wahlerfolg letzten Endes damit, indem sie in den evangelischen Kreisen, das alte Vorurteil, daß Katholiken keine vollwertigen Deutschen seien, wieder wachriefen. Ein Katholik kann nicht Reichspräsident werden, Katholiken sind dadurch zu Staatsbürgern zweiter Klasse herabgesetzt. Gleichzeitig gingen die Herrschaften in den katholischen Orten mit angeblichen Neuierungen des Papstes hausieren. Sie redeten von einer friedfertigen Außenpolitik und verschwiegen, daß diese Politik seit Jahren von den Rechtsparteien betrieben und von den Rechtsparteien als Vaterlandsverrat bezeichnet wurde. Ich habe zu denen gehört, die an den Sieg der Republikaner glaubten; den Gründen, warum es anders kam, müssen wir nachgehen.

Die Stimmengahl, die Marx erhielt, entsprach außer in Sachsen und Bayern den Erwartungen. Der Verlust von 150 000 Stimmen hätte in Sachsen nicht eintreten dürfen. Von diesen Wählern gingen mindestens 50 000 zu Hindenburg. Unsere sächsische Parteipresse hat versagt. Daß in Bayern, trotz der Katholikendeckelung mehr als die Hälfte der Stimmzettel zu Hindenburg gehen, war nicht zu erwarten. Der Stimmzuwachs in Sachsen und Bayern, und der Stimmzuwachs durch Wähler, die Hindenburg zu sich wählten, hätte den Sieg doch nicht bringen können; dafür war der Vorsprung der Rechtsparteien über die Linksparteien zu groß, zumal es den Linksparteien gelungen ist, auch noch Referenten heranzubolen. Entscheidend für den Erfolg der Rechtsparteien war das Eingreifen der evangelischen Kirche.

Indem eine große Zahl evang. Frauen, die sonst nie zur Wahl gingen, in Bewegung gebracht wurde. Eine genaue Wahlstatistik würde zeigen, daß die starke Zunahme der Wahlteilnahme in protestantischen Orten fast ausschließlich auf diese Frauen zurückzuführen ist, und fast ausschließlich Hindenburg zugute kamen. Wählt evangelisch! Bewahrt uns vor der römischen Knechtschaft! das war die Parole! Wie unehrlich diese Agitation war, beweist die Tatsache, daß die Rechtsparteien den Kandidaten Marx in den protestantischen Orten als gehoramen Knecht des Papstes bezeichneten, und in den katholischen Orten wurden Flugblätter verteilt, in denen Marx als ein Mann bezeichnet wurde, der entgegen den Wünschen des Papstes, also im Ungehorsam, ein Bündnis mit den Sozialdemokraten schließt. Die Auseinandersetzungen mit evangelischen Volkstreuen haben den Beweis erbracht, daß sich viele dieser Leute noch nicht zu dem Gedanken aufschwingen, daß in einem konfessionell gemischten Lande, auch die Katholiken gleichberechtigt sein müssen. Für die Katholiken ergibt sich daraus die Lehre, daß sie eben so wie die Arbeiter, um Gleichberechtigung und Gleichwertung kämpfen müssen.

Ich weiß, daß die Rechtsleute darauf antworten; Wir bekämpfen nicht den Arbeiter und den Katholiken, sondern das Zentrum und den Sozialdemokraten. Das sind natürlich Unsinnlichkeiten! Wollen die Deutschnationalen Preußens und die Liberalen der süddeutschen Staaten befreiten, daß sie jahrelang Katholiken und Arbeiter im Staat und in der Gesellschaft zurückgesetzt und in ungerechten Wahlsystemen benachteiligt haben? Das ist ja gerade die Ueberhebung bei diesen Parteien, daß sie glauben, nur den achten zu dürfen, der sich in politischen und anderen geistigen Dingen ihrer Meinung unterordnet. Sie sind ihrer ganzen geistigen Einstellung nach und in ihrem Hochmut nicht fähig, einem Andersdenkenden gerecht zu werden. Deswegen kann der Kampf um die Gleichberechtigung und Gleichwertung nur zum Teil ein geistiger Kampf sein, ausgekämpft wird er aber als Kampf um politische und wirtschaftliche Macht.

Aus der bewußten und unbewußten Feindschaft gegen die Gleichberechtigung aller Volksgenossen, ohne Unterschied der

Konfession und der Partei, ergibt sich für die Rechtsparteien auch eine Stellung zu den politischen und wirtschaftlichen Fragen; die den Linksparteien bei aller Gegenfälligkeit in Einzelfragen, auch große gemeinsame Aufgaben stellen. Eine solche Aufgabe ist die Regelung der preussischen Regierungsfrage. Der politische und geistige Hochmut innerhalb der Rechtsparteien zeigt sich schon bei der Jugend. Wenn man hört, wie unreife Burden und Mädel über das Reichsbanner schimpfen und dabei nicht einmal die Entstehungsgeschichte dieses Banners kennen, dann erhält man einen Begriff, mit welchem Haß diese jungen Leute von Eltern und Lehrern gegen Andersdenkende erfüllt werden. Die Tatsache aber, daß sich diese Erziehende doch schämen, sich offen zu ihren Früchten zu bekennen, beweist, daß sie ihnen keine auf Ueberzeugungstreue aufgebaute Begeisterung beisteht. Ueber diese innere Schwäche können auch die zahllosen Wände der allein acht Teufelchen nicht hinwegtäuschen.

Die Präsidentenwahl hat ferner gezeigt, daß viele Einrichtungen und Organisationen des öffentlichen Lebens heute noch im Dienst der Reaktion stehen; hier Wandel zu schaffen, erfordert eine jahrelange beharrliche Arbeit. Daß sich die evangelische Kirche mit all ihren Organisationen und Anstalten, für deren Existenz sie die Mittel in hohem Maße aus Arbeiterkreisen holt auf Seite Hindenburgs stellte, entsprach der Tradition.

Die evangelische Kirche stand immer mehr auf der Seite der Herrschenden, der Bevorrechteten.

Mögen viele Wähler wirklich geglaubt haben, daß eine Gefahr für die evangelische Kirche besteht, die geistlichen Drahtzieher sind nicht so dumm, sie wußten, was sie wollten, sie stellten sich, wie im alten Staat eifrig in den Dienst der Fürsten, des Adels und des Kapitals, sie waren immer die besten Wächter für diese Institutionen.

Der neue Staat hat auch der evangelischen Kirche die Freiheit gebracht, aber die Mehrheitanten fürchten die Freiheit, weil sie in sich nicht die Kraft zur Selbständigkeit fühlen. Welche Schlussfolgerung haben wir aus der Tatsache zu ziehen, daß die Führer und Geistlichen der evangelischen Kirche bei allen Gelegenheiten fast ausnahmslos auf der Seite derjenigen stehen, die den Arbeiter die politische und staatsbürgerliche Gleichberechtigung vertragen, die den Arbeiter nur als wirtschaftliches Ausbeutungssubjekt betrachten. Die einen sagen: Ausbleit aus der Kirche; das mag für diejenigen richtig sein, die mit allem, was damit zusammenhängt, für sich und ihre Familie gebrochen haben, das wird aber nur ein kleiner Teil sein. Die große Masse der Arbeiter, und vor allem ihre Frauen und Kinder bleiben bei der Kirche und unter ihrem Einfluß. So lange dieser Zustand besteht, ist es das Richtige, sich um kirchliche Dinge zu kümmern. Die Arbeiterkraft muß bei kirchlichen Wahlen andere Stellung nehmen als bisher, sie muß versuchen, diese Kulturinstitution durch welche vor allem die Jugend und die Frauen stark beeinflusst werden, in ihren Dienst zu stellen. Wir kommen dabei auch einem, in weiten Arbeiterkreisen gefühlten religiösen Bedürfnis entgegen. Wir können durch Stärkung des Volkskirchenbundes evangelischer Sozialisten eine Kirche der Freien schaffen. Von dieser Stelle aus könnte dann auch auf Schule und Erziehung sehr stark eingewirkt werden. Statt der Lehre des Adels, wie jetzt von deutschnationalen Geistlichen gepredigt wird, würden wir die Lehre von der Menschlichkeit zur Geltung bringen.

Welche Folgen wird die Reichspräsidentenwahl haben? Das ist nicht leicht zu sagen. Außenpolitisch bringt die Wahl Hindenburgs ganz sicher eine Verleugung der politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, die von der Regierung Marx erfolgreich eingeleitet und von der Ausbreitung weiter gefördert wurden. Gemäß dem was im Ausland den Einfluß des Reichspräsidenten auf die Politik richtig einzuschätzen man weiß dort auch, daß nicht alle Hindenburgwähler Stichselbstlose sind. Das Mißtrauen der Welt ist aber nachgerade durch die Person Hindenburg und noch viel mehr durch die Agitationen und Schriften der Hindenburgpartei. Dieses Mißtrauen wird sich auswirken in verschiedenen Kontrollen, in der Münzungsfrage und bei der Schaffung von Handelsverträgen, was wiederum seine Einwirkungen auf das Wirtschaftsleben hat. Jede Geschäftsführung, jede Wirtschaftstätigkeit müssen die Arbeiter sofort schwer empfinden.

Innenpolitisch wird sich zunächst nicht viel ändern. Auf die parlamentarischen Kämpfe um die Steuererlagen, Aufwertung, Sozialgesetzgebung usw. hat der Reichspräsident keinen Einfluß. Für einen allseitigen Versuch, die Monarchie einzuführen, fehlen alle Voraussetzungen, und unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Voraussetzungen dafür immer ungünstiger werden.

Eine gewisse Gefahr liegt in dem Einfluß, den der Präsident auf die Herrensorganisation hat und in den Machtbefugnissen des § 48 der Reichsverfassung. Wie weit sich Hindenburg den Wünschen der Deutschnationalen und Völkischen gefügig zeigt, wird die Zeit lehren; die Republikaner, und vor allem die Sozialdemokraten werden auf der Wacht sein. Wir werden nicht auf die niedrige Stufe deutschnationaler und völkischer Agitatoren herabsteigen und den Reichspräsidenten beschimpfen und verleumdern, wir werden aber seine Handlungen beachten und kritisieren, wo sie notwendig ist. In den letzten Tagen ist den Rechtsparteien im Reichstag und im preussischen Land-

tag zum Bewußtsein gebracht worden, daß sie in keinem der beiden Parlamente die Mehrheit haben. Dadurch daß man diesen Parteien die Verantwortung zuschiebt macht man auch dem Volke klar, daß das deutschnationale-kommunistische Bündnis nichts Positives schaffen kann und diese Brüderlichkeit nur zerlegendes leisten kann. Es braucht nur eine geringe Machtüberwindung und die Linksparteien haben wieder die Mehrheit, und wer die Mehrheit hat, kann jederzeit die Streifenpartei als Bundesgenossen haben.

Die Präsidenschaft Hindenburg zwingt auch die Deutschnationalen, vorläufig noch in der Regierung zu bleiben und je länger sie in der Regierung sind, um so mehr müssen die Wähler den großen Widerspruch zwischen den Wahlversprechungen und den Leistungen erkennen; dann wird kein Aufwertungsskandal und keine religiöse Verheugung die Deutschnationalen vor der bedienten Niederlage bewahren.

Für uns heißt es arbeiten, damit unter Einfluß in den parlamentarischen Körperschaften in Staat und Gemeinde wächst und wir von dort aus wiederum alle öffentlichen Einrichtungen beeinflussen können. Wir müssen mit unserer Presse die bürgerlichen Blätter, aus den Arbeiterwohnstätten verdrängen. Wir müssen die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen stärken und ausbauen, auch die Organisationen, deren Aufgaben auf dem Gebiet der Kultur, der Kunst, der Bildungsbestrebungen und dem Sport liegen, müssen so ausgebaut und gefestigt werden, daß in entscheidenden Augenblicken die ganze Kraft der Arbeiterkraft eingeleitet werden kann. Wenn wir dann noch die Reichsbannerorganisation zur festen Schutzgarde für Republik und Demokratie machen, dann können wir hoffnungsvoll in die Zukunft sehen.

Der Vortrag fand allseitigen Beifall und löste eine längere Diskussion aus, die von den Genossen Remmele, Hörmann, Nieß und Jung bestritten wurde. Es wurden, wie dies schon im Referat geschah, die Wirkungen des Wahlausganges auf politischen, wirtschaftlichen und kulturellem Gebiet herangezogen und von allen Rednern die erfreuliche Tatsache konstatiert, daß die Sozialdemokratie geschlossen und einig und kampfbereit dasteht und der Zukunft mit größter Zuversicht entgegengehen kann. Von einem Redner wurde besonders darauf abgehoben, daß bei der Präsidentenwahl die Partei der Rechtswähler entschieden habe, wie es bei der Reichstagswahl 1907 ebenfalls der Fall war. Es müsse deshalb alles versucht werden, diese Wählerstimmen für die Sache der Republik zu gewinnen. Die Bevölkerung sei darüber aufzuklären, daß Politik mit Religion nichts zu tun hat. In diesem Zusammenhang wurde die Stellungnahme der evangelischen Kirche zugunsten des monarchistischen Kandidaten ebenfalls kritisiert. Auf die Gefahren, die der Republik durch die Wahl Hindenburgs drohen, wurde besonders hingewiesen und ein Redner sieht die größte Gefahr darin, daß nicht offen gegen die heutige Staatsform vorgegangen werden würde, sondern daß sich wohl eine Kamarilla um Hindenburg bilden und diese ihren Einfluß auf denselben und das Gescheh der Republik ausüben dürfte. Es komme darauf an, wie weit die Wellen der Begeisterung die illegalen Kreise erfasst habe und sich auswirken werde. Auf alle Fälle heiße es, dafür Sorge zu tragen, daß die Konzentration der Republikaner eine stärkere werde, um dem offenen wie verdeckten Kampf gegen die Republik mit Erfolg begegnen zu können.

Im Schlußwort ging der Referent auf verschiedene in der Debatte erwähnte Fragen ein und ergänzte einige schon im Referat kurz gestreiften Punkte.

Um 1/2 12 Uhr erreichte die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Markt und Handel

* Gründung einer Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. Mannheim. Unter der Firma Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. mit dem Sitz in Karlsruhe wurde eine Zweigstelle in Mannheim errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art zum Zweck der Beschaffung der für das Gewerbe und die Wirtschaft der Mitglieder nötigen Gelder, den An- und Verkauf sowie Verwaltung von Grundstücken (Kaufverwaltungen), ferner den Abschluß aller damit zusammenhängenden Geschäfte. Als Genossen kommen neben den Mitgliedsberatern der im Lande Baden bestehenden Grund- und Hausbesitzvereine auch sonstige Angehörige des Mittelstandes in Frage, auch wenn sie nicht Haus- und Grundbesitzer sind. Der Zweck, den sich das neue Institut gestellt hat, soll insbesondere erreicht werden durch Vermittlung von Hypothekendarlehen und durch die Erleichterung bei der Beschaffung von Hypotheken.

Schweinemarkt in Bruchsal am 6. Mai. Angefahren wurden: Milchschweine 114, Käufer 69; verkauft wurden: Milchschweine 114, Käufer 85; höchste Preis, Paar Milchschweine 80 M., Käufer 85 M.; häufigster Preis, Paar Milchschweine 50 M., Käufer 70 M.; niedrigster Preis, Paar Milchschweine 40 M., Käufer 60 M.

Seiden-Stoffe

Ottoman, Crepe de chine, Foulard, Rohseide
Marroccain, einfarbig und bedruckt

in reichster Auswahl

Leipheimer & Mende

Unterhaltung und Belehrung

Rain

Eine Erzählung aus dem großen Bauernkrieg von Bruno Schönfelder Nachdruck verboten.

(Schluß)

Im dritten Jahre seines Aufenthaltes ließ ihn der Prior, als Lambert von seiner Frühlingsreise zurückgekehrt war, rufen und hatte eine lange Unterredung mit ihm. Bis dahin hatte sich der Alte anscheinend nie um ihn bekümmert; seitdem wurde es anders, und er sprach bisweilen längere Zeit mit Lambert, so daß es aussah, als ob er sich für ihn interessierte. Man mußte sich auf ein gemeinsames Erlebnis. Auch war es seitdem öfter in der Kapelle vor dem Altar zu finden. So wurde der rätselhafte Schleier, der den seltsamen Mann umhüllte, immer dichter, obwohl sein Träger nicht mehr ganz so abstoßend und verschlossen wie früher war. Je mehr er mit dem Mariele zusammenkam und ihm Geschichten erzählte oder etwas schnitzte, so huschte es mitunter — allerdings selten und seltsam genug — wie ein schüchternes Lächeln über sein Gesicht. Dann wagte er gar das Mariele, Marieles Schwester und ihr verkleinertes Ebenbild, sich zu den beiden zu setzen, aber so wie Mariele stand es sich nicht mit dem Mann.

Über sechs Jahre waren schon vergangen, und der Frühling des Jahres 1534 zog ins Land. Da schwirrte das freudige Gerücht von Haus zu Haus, Herzog Ulrich sammelte ein Heer an der Grenze und wollte mit Hilfe des schlesischen Landgrafen sein Reich wieder einnehmen. Bei dieser Nachricht schlugen die Herzen höher, denn die Württemberger hatten die österreichische Mißwirtschaft längst satt, und der Herzog konnte guten Empfangs und tatkräftiger Unterstützung gewiß sein. Auch sonst waren die Zeiten dem Unternehmen günstig. Der Schwäbische Bund war nicht wieder erneuert worden, und seine evangelischen Stände, wie Ulm, Eßlingen, selbst Beutlingen, folgten Herzog Ulrich wegen seiner protestantischen Gesinnung zu. Das Gerücht wurde bald zur Wahrheit. Wie einst der Schwäbische Bund das Land gleichsam im Stiche erobert hatte, so verlor es Österreich nicht minder schnell; am 13. Mai fand die Schlacht bei Lauffen statt und Ende Juni war schon ganz Württemberg in unbestrittenem Besitze des Herzogs.

Diese Wendung hatte den Prior, der überzeugt war, daß nun in Württemberg bald alles besser würde, überaus erfreut, auch hatte er große Sehnsucht, Herzog Ulrich wiederzusehen. Als kurze Zeit nach dem Lauffener Siege das Heer der beiden Fürsten das Neckartal heraufzog und in Göttingen erwartet wurde, da ließ es ihm keine Ruhe. Zum Keiten zu schwach, mußte er in einer Kutsche dorthin getragen werden. Einer der Träger war Lambert, der darum gebeten hatte, denn auch ihn zog es nach Göttingen, er sehnte sich mit einem Male aus dem Klosterstille nach Trommel und Pfeifenklang und allem, was mit dem Lagerleben zusammenhängt. — Und sie haben das stolze Heer, größer, mächtiger und besser ausgerüstet als das einst so gefürchtete des Bundes, auch den Herzog erblickten sie, der in den fünfzehn Jahren der Verbannung recht alt geworden war. Dann lehrten sie sich nach dem Kloster zurück. Dem Uebermaß der Freude und Aufregung waren jedoch die Kräfte des Priors nicht gewachsen, er hatte sich zu viel zugemutet; wenige Tage nach der Rückkehr von Göttingen erkrankte er und erhob sich nicht wieder von seinem Lager. Von seinen, die ihm nähergekommen hatten, tief betrauert, lebte er aus dem Leben.

Am meisten trauerte ihm wohl Lambert nach, denn er allein wußte, was er an dem Greise verloren hatte. Das Schicksal hatte es gut mit dem Toten gemeint, denn bald überlebte sich vieles im Lande, nach der Ueberzeugung des Vorkrieges kaum zum Besseren: Herzog Ulrich führte in seinem Reich und in den unter württembergischem Schutze stehenden Äbteien und Klöstern die Reformation ein. Die Klöster wurden auch reformiert, während in nächster Zukunft Gmünd und die Grafen von Neuchâtel dem alten Glauben treu blieben. Schon im nächsten Jahre zogen die Magister Brodhagen und Konradus ins Kloster ein und übernahmen Verwaltung und Gottesdienst; bald wurden auch Hundsholz und die übrigen Besitzungen veräußert, von wo ab Adelberg als kirchliche Herrschaft zu Ende unterstand. Wohl war es Abt Leonhard und den nachfolgenden schwerer Arbeit wieder ganz aufgebaut worden, der Abt wurde sogar wegen seines Verdienstes um Herzog, Volk und Land besonders ausgezeichnet, aber er konnte den Verlust seiner Würde und die Glaubensänderung nicht verwinden. Deshalb verließ er mit allen, die sich nicht in die neuen Verhältnisse schicken konnten, aber wollten, 1538 das Kloster. Unter ihnen befand sich auch Lambert.

Es war ein herzbewegender Abschied, als die wenigen Brüder von dannen zogen, den Ort, wo sie ihr Leben hatten, verlassen zu denken und den sie erst wieder aufgebaut hatten, andern überlassend. Aber nur wenige von ihnen bezogen das neue Leben außerhalb der herabgekommenen Klostermauern. Der Abt war der erste, der der freiwilligen Verbannung zum Opfer fiel; er starb noch im gleichen Jahre zu Roggenburg, fest an seinem Glauben haltend.

Lambert, der ihm in Treue gefolgt war, irrte darauf herum, ein müder Wanderer, durch das Land. Wohl wurde er nicht für sein Leben zu fürchten, doch überall eine unwillkürliche Abneigung gegen ihn zu empfinden. Er wanderte und hoffnungslos wanderte er von Ort zu Ort, wie heimlich als neue Buße ansehend, denn „unsterblich sollst du sein auf Erden“ hatte ihm ein Klosterbruder von Rain erzählt. Zuletzt verliehen ihm die Kräfte, er glaubte erliegen zu müssen. Da ergriß ihn plötzlich eine unbezwingliche Sehnsucht nach dem Mariele und ein zehrendes Heimweh nach den stillen Mauern Adelbergs. Er raffte sich auf und erreichte das Kloster. Hier wurde er gut aufgenommen. Nicht nur vom Mariele, sondern auch vom Keller, der den gewissenhaften Pfleger von Stall und Hof sehr vermisst hatte.

Der evangelische Vorsteher hatte auch nichts gegen seine Rückkehr einzuwenden, es waren ja noch einige Brüder da, die in ihrem Glauben weiter leben durften, da kam es auf einen mehr, der sich außerdem sehr nützlich machte, nicht an. Die neuen Herren waren in dieser Beziehung sehr mild und nachsichtig, wie überhaupt das Evangelium ohne viel Gewalt und Zwang im Lande eingeführt wurde; der österreichische Druck hatte zu gut vorgearbeitet.

Lambert lebte wie vormem noch einige Jahre im Kloster. Wieder kam ein Frühling und wieder trieb es ihn fort. In Schorndorf war er gesehen worden, als er den Weg nach Rudersberg einschlug. Nach der üblichen Zeit kehrte er auch zurück, aber schwer krank, der Tod warf ihn aufs Lager, das er stets so ungenug aufgeschickt hatte. Im wilden Fieber bäumte sich der immer noch widerstandsfähige Körper gegen den Allbezwinger auf, und was der verschlossene Mann bisher verschwiegen, verriet jetzt der unbewachte Mund. Bruder Oswald, der seinen Gärten zuliebe im Kloster geblieben war und Lambert pflegte, hörte mit Entsetzen, wenn der Kranke all seine Leiden und Qualen in der Fieberglut hinausjähre oder kaum verständlich flüsterte; jetzt verstand er den Mann, der ihm so lange ein Rätsel gewesen war, und wußte nicht von ihm, damit nicht andere davon erfahren; auch meldete er Herrn Brodhagen, an was er gehört. Doch dieser war nicht erstaunt, sondern antwortete einfach: „Ich kenne seine Geschichte durch Abt Leonhard. Er hat gebüht, und es ist ihm vergeben, auch im Jenseits wird er milde Richter finden.“

Es mußte so sein; denn als Lamberts Körper allmählich der Auflösung verfiel, beschäftigte sich sein Geist nicht mehr mit den Toten, mit Gottfried, Kathrin und Mariele, nicht mit wüttem Kampf und Streit, sondern mit Eindrücken von seiner letzten Wanderung. Und diese mußte angenehm und friedlich gewesen sein, er wiederholte wenigstens oft: „Das Glück ist auf dem Eggenberger Hof wieder eingetreten. Die Wirtschaft blüht, Schaaf und Kohnagel sind tüchtige Bauern und leben gut mit ihren Frauen; selbst Kinder spielen wieder am Fall und an den Hängen. Es ist nur gut, daß ich noch einmal alles schauen konnte.“ Auch schien sich sein Verstand zu bessern und der Körper die Krankheit noch einmal zu überwinden; es war aber nur ein leichtes Aufschwimmen des Willens zum Leben, ein Sieg des Geistes über den Körper, denn er wollte durchaus noch einmal in die Kapelle. Geführt auf Bruder Oswald durchschritt er den Hof, kam aber nur bis zum Grabe Bruder Gottfrieds, des Frühvollendeten, dort sank er nieder, um nicht wieder aufzustehen.

Als er aufgebahrt lag, trug sein Antlitz den Ausdruck des Friedens, der Tod war ihm wohl eine Erlösung gewesen. Unter denen, die ihm die letzte Ehre erwiesen, war auch das Mariele, das jetzt an der Schwelle zwischen Maid und Jungfrau stand. Zaghaft legte es ein Kränzchen um die gefalteten, das Kreuz haltenden Hände, und als sie es getan, da konnte sie sich nicht enthalten, mit schwerer, liebevoller Hand das silberne, über die Stirn gefallene Haar zurückzuführen. Aber kaum getan, so fuhr die Hand zurück, und erstarb ruhend die Augen auf dem Antlitz des Toten. Es war keine Täuschung: Die Wunde, das Mal auf der Stirn war verschwunden, und nur einige geringe Andeutungen ließen es noch ahnen. Gott hatte den Sünden in Gnaden zu sich genommen. Es schien denen, die es hörten, ein Wunder zu sein.

Und noch einmal sollten sich die Leute von Adelberg und Umgebung über den Verstorbenen wundern. Diesmal durch die Predigt, die Herr Brodhagen am Grabe hielt. Sie handelte von Rain und Abel und der Allgüte Gottes, die auch die schwerste Blutschuld verzeiht. Einige glaubten den Zusammenhang zu erkennen, sie erinnerten sich der Maiennacht und des Brudermordes an der Kapelle, schwiegen aber darüber, denn von dieser Nacht und der damaligen Zeit sprach niemand gern.

Ende.

Der Affenspiegel

Die „Deutsche Juristenzeitung“ gibt zu Ehren ihres Herausgebers, Dr. jur. Otto Liebmann, unter dem Namen „Zus und Zur“ eine humoristische Sondernummer heraus. Wir entnehmen aus dem letzten Hefte folgende Anekdote aus gerichtlichen Affenspielen. D. Red.

Als einem Ministerialrat: „Die nachgeordneten Dienststellen weise ich darauf hin, daß in Bescheiden an dritte Personen die Worte „Sie sich“ beide groß zu schreiben sind. Es muß heißen: ich mich — Du dich — er sich — wir uns — Sie sich (bezw. Ihr Euch) — sie sich — er sich.“

Als einem Obodengefuch: „... nicht aus Dabgier oder Wollust, sondern bittere Not war das Handeln für meine schiefe Ebene...“

Als einem Schriftfuch in einem Testamentprozeß: „Wie oberflächlich und zerstückelt der Erkläser war, geht schon daraus hervor, daß er sich selbst das Leben genommen hat...“

In einer Strafsache (Verbreitung unächtiger Schriften) findet sich folgende Antwort auf ein Zeitungsinterrot: „Ich bitte

höflichst um Zusendung Ihrer Prospekte über das weibliche Geschlecht. Bin mit einem Fräulein in einen sittlichen Zustand gekommen und möchte ich diesen gern beilegen. Es ist schon über zwei Monate im Gange. Mit herzlichster Hochachtung; August; Kowalski.“

Der Kläger scheidet die Ehe wegen Irrtums an; er habe zu Unrecht angenommen, seine Frau sei bei Eingehung der Ehe noch unberührt gewesen —

Aus dem Schriftfuch des Anwaltes der Beklagten: „Die Beklagte war Privatsekretärin und war 5. J. der Heirat siebenundzwanzig Jahre alt; sie hat immer in Berlin gelebt, überdies im bayerischen Viertel. Der Kläger konnte daher unmöglich damit rechnen...“

Aus dem Obodengefuch eines Volksschullehrers: „Der Herr, die wir um des Lebens Notdurft zu kämpfen haben, die wir um ebendieselbe ringen, seihen und streiten, sindet der grausamen Mut, die äußeren Formen einer Christen durch das enge Sieb einer inneren Pflicht rinnen zu lassen? Es gibt etwas Uebermächtiges im Leben! Optimisten nennen es Schicksal, Bestimmten Fatum!...“

Als Assessor bei einer großen Staatsanwaltschaft sahndete ich mit vielem Eifer nach einem Betrüger, der sich vorwiegend auf dem Lande aufhielt. Endlich zeigte sich eine Spur: er sollte in Appelskirchen wohnen, einem Dörfchen weit im Osten. Dort hin schickte ich die Akten, legte die üblichen drei Aufnahmen aus dem Verbrechenalbum bei, die den Hebeläter einmal von der Seite zeigten, einmal von vorn mit Hut und einmal ohne Hut, und ersuchte den zuständigen Gendarm um Festnahme und Drahtbericht.

Nach drei Tagen lief folgendes Telegramm ein: „Staatsanwaltschaft G... zu A J 1736/20. — Zwei der Täter verhaftet. Dem dritten sind wir auf der Spur, Gendarmeriestation Appelskirchen.“

In der Referendars-Prüfung war davon die Rede, daß beim Tode des Monarchen sofort der Thronfolger an dessen Stelle trete. Der Professor fragte einen Prüfling, ob er ein darauf bezügliches Rechtspruchwort kenne, worauf dieser statt des erwarteten „Le roi est mort, vive le roi!“ erwiderte: „Eisern Vieh stirbt nie.“

Ebenfalls im Referendarexamen geht nach einer glatten Erörterung der strafrechtlichen Folgen des Ehebruchs an den Prüfling die Frage: ob der Ehemann, dessen Ehe wegen Ehebruchs seiner Frau rechtskräftig geschieden sei, gegen den Ehebrecher zivilrechtliche Ansprüche habe. Nach einem Hin und Her, der Verwerfung eines Anspruchs ex contractu, der Billigung eines solchen aus unerlaubter Handlung wird gefragt, und welcher? Fast über schnell die Antwort: wegen Sachbeschädigung.

Kunst und Wissenschaft

Bachverein

Nach glücklich verlaufenen Metamorphosen sah man nach langer Zeit an den Plafatäulen ein stimmungsvoll wirkendes Lebenszeichen des hiesigen Bachvereins. Ein in gothischem Stil aufgestellter Orgelprospekt als Wahrzeichen zierde das Programm des achtundvierzigsten Konzertes. Dieses Orgelbild zeigt uns Karlsruher! Als vor Jahren der Wunsch laut wurde, daß in der Festhalle für Oratorienaufführungen eine Orgel aufgestellt werden müsse, waren unsere Stadtväter für diese Forderung vollkommen taub. Es wurde immer und immer wieder „gebohrt“, doch vergebens. Da kam der Konservaloriums-Direktor Schmidt. Er erreichte in einer Sitzung, was jahrelang angestrebt wurde! Die Orgel wurde errichtet. Nun wird schon seit geraumer Zeit wieder „gebohrt“. Die geschmacklose, unzweckmäßige und schallhindernde Abschlusshand vor dem Orgelwerk soll durch einen Orgelprospekt ersetzt werden. Diese Erneuerung hätte zweifachen Vorteil. Sie würde der Festhalle, die nun einmal ein stimmungsvoller Holzballenbau ist, einen wirkungsvollen Aufputz geben und würde den wahren Klangcharakter des Werkes erkennen lassen. Vielleicht gibt der neue Konservaloriums-Direktor Herr Philipp unsern Stadtvätern eine dahingehende Anregung. Man schenkt ihm, wie ehemals seinem Vorgänger vielleicht mehr Gehör, als den Einsgesessenen.

Bach—Gänzel—Mozart waren für das Programm ausersehen. Die Kantate „Lobe den Herrn, den mächtigen König“ von Bach, die ebendamals unserer wenig gut gelungene n Thom-Gebächtnisfeier aufgeführt wurde, gehört nicht zu den Meisterwerken des Thomaskantors. Der pomphöse Abgang verfehlt seine Wirkung nicht. Herr Philipp, der neue Dirigent des Bachvereins, steht nicht so sehr mit Bach in Kontakt wie mit Mozart. Die Verlebenbigung der Krönungsmesse war was die herrlichen Leistungen betrifft, jedenfalls eine muster-gültige Leistung, wie man sie schon lange — mit Ausnahme der Darbietungen der Mannheimer Volksingelakademie — hier nicht mehr zu hören bekam. Ein ganz vorzüglich ausgewähltes Stimm-materiale, das mit dem Herzen bei der Sache ist, wurde ein williges Werkzeug in der Hand eines Dirigenten, der weiß, welche Kostbarkeiten in einer Mozartmesse stecken. Herr Philipp hat ein Tropfen „Moderne“ bei seiner Ausdeutung einzusparen lassen, er rückte etwas vom Wehrauch und dem anstößigen Kerzenlicht ab und erinnerte sich, daß das Agnus Dei dieser Messe auf dem gleichen Notenblatt steht, wie die Kantate der Gräfin aus dem Figaro, die genau so beginnt, sogar in der gleichen Tonart gesetzt ist. Herr Philipp hat durch glänzende Vorträge das Werk bestrahlt, er hat sich mit Kraft und Begeist-erung eingesetzt, so daß die überaus zahlreiche Hörerschaft mit bewundernder Freude das Schöne und Große dieses Werkes genießen konnte. Trotz der persönlichen Auffassung des Dirigen-ten, die sich in freier Gestaltung dokumentierte, wird sie dennoch nicht mit dem Begriff der Sittlichkeit in Widerspruch stehen. Die starken Kontraste, die dramatische Ausdeutung gab dem Werke Heberlebensgröße, die nicht verweltlichte, sondern dem Alltäglichen ablenkte. Frau Curjel-Düffeldorf sang die Exultate-Motette mit außerordentlicher Kunst. Es deckte sich der Geist der Ausführung mit dem der Schöpfung nahezu vollkom-men. Das technische Können von Frau Curjel ist ganz gemal-tig. Frau Hoffmann-Dreber setzt sich nicht gerne mit Bach auseinander. Das Klangolorit, das den Tenor des Herrn Cron-Wajel auszeichnet, hat etwas scharfe nicht ganz natür-liche Farben. Technik und Musikalität des Sängers sind an-zuerkennen. Herr Stadelmann-Stuttgart ist ein gut fun-dierter Bassist. Herr Sammler-Wajel wieder einmal auf der Orgel zu hören, war ein Hochgenuss. Bei des vorzüglichen Or-ganisten Spiel konnte man sich für Gänzel erwärmen, dem im- allgemeinen auch der gebildete musikalische Laie oft mehr plekt-volle Ehrfurcht als Liebe gößt.

Letzte Nachrichten

Reichsbanner u. Hindenburgs Einzug

Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarz-rot-Gold, Oberpräsident Hering, veröffentlicht einen Artikel, in welchem er sich mit der Frage der Beteiligung des Reichsbanners an den Kundgebungen für den neuen Reichspräsidenten v. Hindenburg beschäftigt. Hering kommt zu dem Schluss, daß es sowohl inner- als auhervollständig nicht ratsam sei, wenn das Reichsbanner sich in Reich und Glied mit den schwarz-weißen Organisationen stelle. Das Fernbleiben des Reichsbanners bei dem Einzug des Reichspräsidenten sei keine Seite gegen Hindenburg. Arrangements und Teilnehmer der Empfangsdemonstration seien derart, daß das Reichsbanner die vorgesehene Spalierbildung nicht als eine Ehrung des neugewählten Präsidenten der Republik, sondern als eine private monarchistische Kundgebung der Republikfeinde ansehen könne. Deshalb lehne das Reichsbanner jede Teilnahme daran ab.

Wir begrüßen diese Stellungnahme des Reichsbanners als gegeben und richtig. Das Reichsbanner darf sich nicht mit den nationalistischen Putz- und Mordorganisationen zusammen bei irgend einem festlichen oder sonstigen Anlaß in Reich und Glied stellen. Im übrigen: Auch das Reichsbanner wird Herrn von Hindenburg die Achtung entgegenbringen, die ihm als Staatsoberhaupt der Republik gebührt. Es liegt aber gar kein Anlaß vor, auch nur einen Schritt weiter zu gehen.

Tendenzjustiz auch in Württemberg

Das große Schöffengericht Stuttgart hat gestern den Landtagsabgeordneten Genossen Dr. Schumacher, Redakteur der „Schwab. Taubach“, wegen Verleumdung des Staatspräsidenten Bazille zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten, Befristung des Urteils in der Presse und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate Gefängnis beantragt. Die Verleumdungen wurden erbracht in einer Artikelreihe, die im Juni 1923 erschienen ist. Der württembergische Landtag hatte für diesen Fall die parlamentarische Immunität des Abg. Dr. Schumacher aufgehoben.

In dem Artikel, wegen dessen Genosse Schumacher verurteilt worden ist, ist darauf hingewiesen, daß der jetzige Staatspräsident als Beamter im Jahre 1919 sich für den Februar doppeltes Gehalt habe geben lassen. Diese Ungelegenheit ist auch schon im Reichstage zur Sprache gekommen. Wer weiß, in welcher gebührender und hohere Würde die Sozialdemokratie gegen die Sozialdemokratie politisch sich stets benommen und betätigt hat, und wie er vor keiner, auch selbst der gemäßigten Behauptung gegen die Sozialdemokratie bisher zurückgeschreckt ist, der vermag auch das getrige Tendenzurteil richtig zu würdigen. Solche Urteile und einige andere Vorgänge beweisen, daß sich auch in süddeutschen Richtkreisen immer stärker osteilische Strafjustiz einzubürgern pflegt. Und seit Hindenburgs Wahltag schillert den beauftragten Richtern und Staatsanwälten der Kampf gar gewaltig.

Internationale Konferenz zur Kontrolle des Waffenhandels

Genf, 6. Mai. In der heutigen Sitzung der hier tagenden internationalen Konferenz zur Kontrolle des Waffenhandels

legte der französische Delegierte Paul Boncour den Standpunkt der französischen Regierung dar. Die französische Regierung hätte eine gründlichere Inangriffnahme des ganzen Problems der Sicherheit lieber gesehen. Auf dem Wege der Kontrolle des Rüstungswesens sei immerhin ein Anfang gemacht. Das Recht aller Staaten, sich zu bewaffnen, bleibe unberührt (?), jedoch werde der Waffenhandel zu einer öffentlichen Angelegenheit gemacht und dem öffentlichen Recht unterstellt. Der Redner ging dann auf die Schwierigkeiten der Aufgabe der Konferenz des näheren ein und wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß ein internationales Übereinkommen betreffend die Kontrolle der privaten Waffenfabrikation eine absolut notwendige Ergänzung des Übereinkommens über die Kontrolle des Waffenhandels darstelle und daß ohne diese Kontrolle eine wirksame und vor allem gerechte Überwachung des internationalen Waffenhandels unmöglich sei. Nicht der Glaube an große Rüstungen, sondern das Vertrauen auf das Recht und die Gerechtigkeit müßte in der Welt zur Herrschaft gelangen. Der Leiter der deutschen Delegation, Gesandter v. Scharf, gab folgende Erklärung ab: Wenn ich nach den eindrucksvollen Reden von hervorragenden französischen Vertretern das Wort ergreife, so geschieht es, um zunächst dem Herrn Präsidenten für die Worte zu danken, die er vorgestern an unsere Delegation gerichtet hat. Wir begrüßen die sympathische Aufnahme und freuen uns, an dem gegenwärtigen Werk, das den Gegenstand der Konferenz bildet, mitarbeiten zu können. Die deutsche Delegation wünscht lebhaft, daß die Arbeiten der Konferenz durch einen vollen Erfolg gekrönt werden. Es wurden 2 Kommissionen gebildet und die allgemeine Aussprache abgeschlossen.

Inflationsprozess

Berlin, 6. Mai. Vor der Zivilkammer des Landgerichts I fand heute die Verhandlung in der Klage des Oberfeuerwehmannes a. D. Jantsch gegen die Reichsbank statt. Der Kläger verlangt die Einlösung von 32 in seinem Besitz befindlichen braunen, rotgestempelten Tausendmarktscheinen mit dem Datum des 21. April 1910 mit 16.000 Reichsmark, während die Beklagte, entsprechend ihrem Aufkauf vom 5. März und gemäß § 3 des neuen Bankgesetzes lediglich zum Umtausch nach einem Verhältnis von einer Reichsmark für eine Million alter Mark bereit ist. Der Kläger behauptet unter Eid, daß er keine Tausendmarktscheine 1914 bis 1918 erworben habe. Der Vertreter der Beklagten konnte jedoch feststellen, daß die sämtlichen Scheine, mit Ausnahme eines einzigen, im Jahre 1918 ausgebenen, erst in den Jahren 1921 und 1922 von der Reichsbank gedruckt worden sind. Der Vertreter des Klägers führte aus, daß das Reich und die Reichsbank die Verantwortung für die Inflation trügen. Die Reichsbank dürfe sich nicht jetzt von den eingegangenen Verpflichtungen durch billige wertloses Entgelt freimachen. Wenn der § 3 des neuen Bankgesetzes auch dieser Stellungnahme entspreche, so sei dieses Gesetz verfassungswidrig und unstatlich und deshalb nichtig. Der Vertreter der Reichsbank macht geltend, daß das Gericht an das verfassungsmäßig zustandegekommene Gesetz gebunden sei. Von einer Unstatlichkeit des Gesetzes können keine Rede sein, ebenso wenig von einem Eingriff in wohlerworbene Rechte. Die Entscheidung sei daher auf Grund des § 3 des neuen Bankgesetzes zu fällen. — Das Urteil wird am 20. Mai verkündet werden.

Die finanzielle Notlage der Pfalz

Birmensfeld, 6. Mai. Der Voranschlag für 1925/26 des Kreises Pfalz, der nunmehr von der Vollendung des Pfälzischen Kreistages herabgesehen worden ist, zeigt das betrübende Bild der finanziellen Notlage des Kreises Pfalz wie der pfälzischen Städte und Gemeinden. Der Voranschlag für 1925/26 weist einen ungedeckten Fehlbetrag von rund 750.000 Mark auf. Verschiedene Etatspositionen sind zum Teil auf die durch das Versailleser Diktat durch die Besetzung und den passiven Widerstand geschaffenen Verhältnisse zurückzuführen. In der Ausprache wurde Einigkeit dahin erzielt, daß die schwere Notlage der Pfalz eine besondere Hilfe Bayerns und des Reiches für die Pfalz erforderlich macht. Eine Entschädigung befaßt sich mit den infolge der Rhein- und Ruhraktion und des dadurch bewirkten passiven Widerstandes für die Pfalz entstandenen gewaltigen Schäden, vor allem auf die Abwägung und Beseitigung der pfälzischen Straßen während des passiven Widerstandes, deren Wiederherstellung Millionen erfordert.

Attentat von Schülern auf ihre Lehrer

Wilm, 6. Mai. Am hiesigen polnischen Knabenlyzeum kam es heute vormittag zu einem beispiellosen Vorfall. Drei Schüler der obersten Klasse, die zur Reifeprüfung nicht zugelassen worden waren, drangen in das Klassenzimmer ein, wo gerade das Prüfungscollegium tagte, und gaben mehrere Revolvergeschosse auf ihre Lehrer ab, von denen der Direktor der Anzahl leicht und ein Lehrer schwer verletzt wurde, jedoch an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Schüler Ormanski suchte noch eine Bombe auf seinen Lehrer zu werfen. Sie entglitt ihm jedoch und tötete ihn und zwei seiner Mitschüler auf der Stelle während 10 weitere Knaben schwer verletzt wurden. In der Stadt hat der Vorfall große Erregung hervorgerufen.

Präsidentenwahl in Bolivien

Berlin, 6. Mai. Die hiesige bolivianische Gesandtschaft teilt mit: Die Präsidentenwahlen in Bolivien sind in vollkommener Ruhe vor sich gegangen und haben zum Siege der republikanischen Kandidaten geführt. Zum Präsidenten wurde Dr. José G. Villanueva und zum Vizepräsidenten Dr. Adon S. Saavedra gewählt.

Hungersnot in China

Shanghai, 7. Mai. In der Provinz Kwetschou herrscht Hungersnot. Die Einwohner ernähren sich von Wurzeln und verkaufen ihre Kinder gegen Reis. Katholische Missionare berichten von Fällen von Kannibalismus.

Briefkasten der Redaktion

Grüßungen. In diesem Falle wird keine Unfallrente gewährt, da der Unfall nicht im Betrieb oder bei einem dienstganze passiert ist. Für Ihre Mutter läme Witwenrente in Betracht. Voraussetzung wäre natürlich, daß die nötige Zahl von Marken geklebt sind und eine Erwerbsbeschränkung von einem Drittel vorhanden ist.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 145, gef. 15; Rehl 265; Marau 425, gef. 9; Mannheim 336, gef. 11 Zentimeter.

Der heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Schuhhaus Badenia, Karlsruhe, Krtegr. 72, bei, welchen wir besonderer Beachtung empfehlen. 2982

Herren- und Damenräder

gute Marke, mit 1 Jahr Garantie, bei nur 15-20 Mk. Anzahlung sehr prompt lieferbar

Vertreter: 2781 M. Burkert, Waldstr. 8



ANZÜGE für das Frühjahr

- | | | | |
|--|---|--|--------------------------|
| 1. Frühjahrs-Anzüge
in ausgesuchten Mustern, wie Gabardin, Covercoat, Kammgarne 125.- 95.- 85.- | 75.- | Wypcord-Anzüge
mit zweireihiger Weste | 48.- |
| 2. Frühjahrs-Anzüge
der solide und elegante Strassenanzug | 85.- | 6. Straßen-Anzüge
Strapazierware | 45.- 38.- 33.- |
| 3. Frühjahrs-Anzüge
das Gebrauchsstück in seiner Verarbeitung | 75.- | 7. Frühjahrs-Mäntel
Schlupfer, Sportpaletots, 2reihig, auf Taille | 75.- 65.- 58.- 45.- 35.- |
| 4. Frühjahrs-Anzüge
der Anzug für den täglichen Bedarf | 65.- | 8. Leder-Bekleidung für jeden Beruf
in tadelloser Ausführung | 110.- 105.- 95.- |
| 5. Frühjahrs-Anzüge
in solider Verarbeitung und ebensolcher Ausführung | 58.- | Jacken schwarz | 48.- |
| | | Jacken braun | 68.- |
| Sommer-Joppen | Khaki, Zwirn, Schilfleinen, waschbar, hochgeschlossen oder mit Reyer in sämtlichen Größen vorrätig Mk. 9.50 8.75 8.50 7.50 6.25 | | 5.75 |

Confektionshaus HIRSCHEN

Kaiserstraße 95

Ecke Kronenstraße

DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK
KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

Kapital und Reserven 100 Millionen Reichsmark
FILIALE KARLSRUHE (Baden)
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte



Wir empfehlen uns für die Eröffnung von Depositenkonten bei günstigster Verzinsung.

Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe

mit Depositenkasse am Bahnhofplatz u. Niederlassung in Mühlburg



BADISCHE BANK
Mannheim Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Erste Karlsruher Leiternfabrik
R. Raible, Karlsruhe i. B.
Bismarckstrasse 33
Gegr. 1892 Tel. 5842
Herstellung von Leitern für Industrie, Gewerbe u. Haushalt. — Holzwaren, Wäschetrockner Fenster- tritte usw.



Bankhaus Straus & Co.
Karlsruhe

Kaufen Sie nur die
Aeska- Karamellen
Adolf Speck A.-G. Zuckerwarenfabrik

Bankhaus Veit L. Homburger
11 Karlstrasse 11 KARLSRUHE 11 Karlstrasse 11

Nur für Wiederverkäufer: **Deutsche Bekleidungs-Industrie** G. m. b. H. Karlsruhe
Ettlingerstraße 12 (am Hauptbahnhof) Karlsruhe
Abteilung I Sport- und Arbeiter-Konfektion
Abteilung II Damen- und Herrenwäsche
Beste Verarbeitung — Billige Preise. — Lagerbesuch lohnend.

Lederfabrik Durlach
HERRMANN & ETTLINGER
G. m. b. H.
Schuhoberleder, Handschuhleder, Bekleidungsleder, Portefeuilleder

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Filiale Karlsruhe, Kaiserstraße 146, gegenüber der Hauptpost.
Depositenkasse „Markt“ Wechselstube am Marktplatz (im Hotel Grosse)
Depositenkasse „Werderplatz“ / Wechselstube im Hauptbahnhof

Dampf-Rosshaarspinnerei
Carlo Pacchetti & Co.
Karlsruhe G. m. b. H. Tel. 1740

Prima neue eichene **Weintransportfässer u. Lagerfässer**
liefert zu billigsten Preisen
Fassfabrik Louis L. Stern & Co., Karlsruhe
Telegramm-Adresse: FaStern. Telefon 126 und 310

Fahrschule für Kraftfahrzeuge
CHR. DALHOFER
Karlsruhe, Degenfeldstr. 7-9
Telefon 5677

IN KARLSRUHE
Am
Mühlburger Tor
— FERNSPRECHER NR. 4235 —



IN KARLSRUHE
Am
Mühlburger Tor
— FERNSPRECHER NR. 4235 —

Sinner-Fabrikate sind von unübertrefflicher Qualität!

- Biere
- Liköre u. Edelbranntweine
- Presshefe
- Weizen- und Roggenmehle
- Backpulver
- Edel-Pudding
- Eispulver
- Vanillinzucker
- „Sinner“ u. „Sinner“-pulver
- Haferkakao
- Haferflocken
- Hafermehl
- Malzkaffee
- Konfitüren- u. Obstkonserven
- Gelees und ff. Marmeladen
- Speisenwürze

SINNER A. G. KARLSRUHE-GRÜNWINDEL
Karlsruhe 1924 Staatspreis und Goldene Medaille (Höchste Auszeichnung)





Die Köchin sagt: Nur 1 Esslöffel Quieta auf 1 Liter kochendes Wasser, und der feinste Kaffee ist fertig. Trinke Quieta!

Sonder-Angebot!

Grosse Posten Herrenkleiderstoffe nur ausgesucht prima Qualitäten, neueste Dessins per Mtr. Mk. 18.-, 16.-, 12.-, 10.-, 8.50, 3.90. Blaue Kammgarne reine Wolle per Meter Mk. 18.-, 16.-, 12.50, 6.50. Manchester per Meter Mk. 4.50, 4.-, 3.20. Reste und Restbestände weit unter Preis. Lagerbesuch für jedermann lohnend.

Arthur Baer, Kaiserstr. 133 Eingang Kreuzstr., gegenüb. der kleinen Kirche Verkaufssokal eine Treppe hoch.



Rahma MARGARINE buttergleich Der Küche Schatz! Der Hausfrau Glück! Das große Butter-Meisterstück! 1/2 Pfd. nur 50 Pfg. Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis

Neu erschienen: „Fips Lachzeitung für liebe kleine Kinder“.

Korpulenz macht alt!

Fettleibigkeit wird durch Grossers Reduktionspillen beseitigt. Preisgekrönt mit goldenen Medaillen und Ehrendiplom. Kein starker Leib, keine starken Hüften, sondern jugendl. schlanke, elegante Figur. Kein Heilmittel, kein Geheimmittel. Garantiert unschädlich. Aerztlich empfohlen. Keine Diät. Viele Dank-schreiben. Preis 4 Mark.

Hof-Apotheke, Karlsruhe, Kaiserstr. 201



Adler-, Presto-Fahrräder Teilzahlung Ersatzteile • Pneumatik • Reparatur-Werkstätte Xaver Hoffner, Mühldorf Hardtstraße 27 — Telephon 1886.

Städtische Ausstellungshalle Karlsruhe

Ausstellung „Handwerk und Industrie“

Der wirtschaftliche Handwerksbetrieb

Musterwerkstätten

Bäckerei mit elektrischem Backofen in Verbindung mit Konditorei und Café, Wursterei, Schreinerei, Schlosserei und Werkstätten für Friseure und Buchbinder. Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 9 Uhr abends, ab 5 Uhr nachm. Konzert.

Neuzeitliche Maschinen und Werkzeuge Erzeugnisse des Handwerks Sonderausstellung: „Gut und schlecht“ Erfrischungsraum

Eintrittspreis: Erwachsene Mark 1.—, Kinder und Schüler Mark —.50.

Badische Lichtspiele / Konzerthaus

Zum Gipfel der Welt HEUTE und FREITAG, den 8. Mai, jeweils abends 8 Uhr

Siehe Anschlagssäule!

Will das Brautpaar glücklich sein kauft Möbel nur bei Freundlich ein Kronenstr. 37/39

Wer kauft oder verkauft Haus! Angeb. an Aug. Schmitt Hypotheken u. Immobilien Karlsruhe, Dietrichstr. 43, Telefon 2117.

Zwangsversteigerung Freitag, 8. Mai 1925, nachm. 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Pfandlot, Steinstr. 23 gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 1 Partie Bücher, Klebapparate und verschiedene Möbel.

Resi-Lichtspiele Waldstraße Ab morgen: Die große Sensation Fortsetzung der Fahrt INDIEN-EUROPA



I. TEIL DES ELLEN-RICHTER-FILMS DER FLUG UM DEN ERDBALL Mitwirkende: Ellen Richter Bruno Kastner, Reinhold Schünzel Vollandete Schönheit der Naturbilder. Spannendste Handlung „Felix der Kater“ Amerikanische Groteske Großes Orchester.

Kindergartenverein sucht für seinen Kindergarten schönes freundliches Zimmer möglichst mit Gartenbenutzung. Geboten: 2939

Pfannkuch Eingetroffen: Ein weiterer Waggon neue Ägypter Zwiebeln 18 Pfd. 5 85 Pfd.

Kinder-Söckchen in reicher, schöner Auswahl Strumpf-Vieser Kaiserstr. 153 Fernruf 740

Anwaltsbüro. Auf unserem Büro kann auf 1. Juli, event. früher, ein gebildetes Fräulein als Anwaltsgehilfin (Stenotypistin) dauernde Stellung finden. Tüchtigkeit in Stenographie und Schreibmaschine erforderlich. Rechtsanwälte Drs. Dietz, Kirchenbauer, Sickinger Kaiserstraße 199.

In 30 Minuten Ihr Fahrrad ausnahmsweise billig an uns im Photogr. Atelier Kaiserstr. 50, Eing. Adlerstr. verkaufen. Wadstr. 8, Burkert.

Ueber sparsame Gasverwendung im Haushalt spricht am kommenden Donnerstag, 7. Mai, 8 Uhr abends und am Freitag, 8. Mai, 4 Uhr nachm., in der Städt. Festhalle ein Herr A. S. Erklärung der Gasapparate. Unterweisung in der praktischen Anwendung. Großes Schanzloch und Baden (Kopfproben). Ausstellung von Gasapparaten im großen Festsaal am 6. 7. und 8. Mai, von 10 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm. Eintritt frei! Zu allen Vorführungen laden wir ergebenst ein. Ettlingen, den 4. Mai 1925. Städt. Gaswerk.

Arbeiter laufen Ihre bl. Arbeitskleider, Hosen, Windjacken, Anzüge, Mäntel, Aufsätze, Samaschen, Koffer Kinderanzüge sehr preiswert bei Maier, Wendelsobnplaz. „Nissin“ Kopfläuse gegen Nichts anderes nehmen! Adler-Apotheke Kronen-Apotheke Stadt-Apotheke Diwans! neue, gutgearb. v. 58 an. Köhler, Schützenstr. 25

Pfannkuch Eingetroffen: frische Nordsee-Kabeljau im ganzen Fisch 26 Pfd. im Schnitt 29 Pfd. Pfannkuch

Schuh und Strumpf

von Donnerstag, den 7., **Sonder-Angebot** bis Mittwoch, den 13. or.

Damen-Strümpfe

- Baumwolle gewebt, nahtlos 95, 60 35
- Prima Mako nahtlos 95
- Baumwollfior m. Seidengr., Doppelschle, Hochf. 1,45 95
- ia. Makoflor besond. schöne Qualit., Doppelschle, Hochf. 1,95 4,95
- Seidenfior mit Längsnabt, Doppelschle, Hochf. 1,90 1,50
- Künstl. Seide ohne Naht, schwarz u. mod. Fab. 1,90 1,75
- Seidenfior besonders gute Qualität 2,60 2,30
- Künstl. Seide m. Längsn., Doppelschle, Hochf. 2,90 2,25
- Herma Seidenfior m. 6 facher Sohle 2,90
- Tramella bunt, der künstl. waschb. Seide 4,75
- Hertie Spezial waschb. deutsche Seide 5,75
- Trama Seide schwarz 3,90

Garantie-Strümpfe

- Hertie ★ Seidenfior . . . 2,50
- Hertie ★★ Fil de Perse 3,90

Herren-Socken

- Baumwolle grau und braun . . 40
- Baumwolle grau und naturfarbig 60
- Baumwolle m. Seidengr., Doppelschle, Hochf. 60
- Baumwolle mit bestickten Streifen 85
- Baumwolle neue Jacquardmuster 95
- Prima Mako elegant bestickt . . 1,45
- Prima Seidenfior Doppelschle, Hochf. 1,75
- Kunstseide mit Flor plattiert . . 2,40
- Fil d'écosse sehr haltbar . . . 2,50
- Kaschmir-Wolle elegant gemustert 3,90
- Dauerseide waschbar 2,90

Damen-Schuhe

- Spangenschuhe, schwarz u. braun Leder, gute Qualität . . . 6,25
- Schnürschuhe, schwarz und braun echt Chevreux, mod. Form 8,50
- Schnür- u. Spangenschuhe Rahmenarbeit, schw. Boxe u. R.-Chevr. 10,50
- Schnür- u. Spangenschuhe in Rahmenarb., schw. u. braun Boxe mit dr. Boxe, teils mit franz. Abs. 17,30 12,50
- Schnür- u. Spangenschuhe in Rahmenarb., schw. u. braun Boxe mit dr. Boxe, teils mit franz. Abs. 17,30 14,50
- Weißes Stoffschuh in Rahmenarb., Schw. 4,95 2,95
- Tennisschuhe in Rahmenarb., Schw. 4,95 4,75
- Weißes Leinwand-Schuh in Rahmenarb., mit brauner Ledergarnitur . . . 12,50
- Kinder- und Mädchen-Schuh braun R.-Chevreux 27-30 8,75 31-35 9,45

Herren-Schuhe

- Schnürschuhe, in Rahmenarbeit schw. R-box u. Boxe. 12,50 10,50
- Schnürschuhe in Rahmenarb. br. Boxe. 14,50 12,50
- Schnürschuhe, braun Boxe, mit br. Nubuck-Einstütz 20,50 18,50
- Schnürschuhe, in Rahmenarb., schw. u. braun, echt Boxe. 18,50 16,50
- Weißes Stoffschuh in Fabrik 10,50 8,50
- Sandalen u. Turnschuhe
- Braun Rindl. Flexible-Sandal. mit Doppelschle, 27 genäht 31-35 36-42 4,45 5,25 5,95 6,95
- Braune Turnschuhe m. Gummisohle 23-28 29-35 36-42 2,65 3,15 3,50

Schuh-Anprobe und Fußuntersuchung mit unserem Durchleuchtungs-Apparat „Pedescop“

„Hassia“ der Schuh der eleganten Dame stets Eingang von Neuheiten.
„Hassiasana“ der vollkommenste orthopädische Schuh für kranke und schwache Füße.

TIETZ

„Zum Goldenen Zapf“, StraÙe 18
Morgen Freitag
Schlachttag.
Anerkannt gute Weine,
Zinner-Tafelbier im Ausschank.
S. Center.

„Krokodil“
Jeden Donnerstag
Schlachtfest
Münchener Löwenbräu, hell und dunkel
direkt vom Faß.
J. Mloth.

Berein der Freidenker für Feuer-
bestattung e. B. Zahlstelle Karlsruhe.
Samstag, den 9. Mai, abends 8 Uhr, im Saale
des Gasthauses zum „Recht“

Oeffentlicher Vortrag
„Gottlose Religion.“
Ref.: Bundessekretär Dr. Stöppler, Stammheim.
Freie Diskussion. Eintritt 30 Pfg.

Logis gesucht
bei Parteigenossen für zehn
hier beschäftigte ausge-
überte Arbeiter.
Angebote unter Nr. 2979
an das Volksfreundbüro.

Badisches
Landestheater
Donnerstag, den 7. Mai
1925, 8, 23, 25, 30 Uhr.
3101-3500, 3701-4000.

Die heilige
Johanna
Dramatische Chronik in
fünf Akten und einem
Epilog von Schab.
In Szene gesetzt von
Baumbach.

10 emaillierte
Herde
mit Fäden, dreifach, mit
vernickelter Stange, wegen
Platzmangel billig abzu-
geben. Kahn 284
Kahn
Marktgrabenstraße 40.
Stabiles Herrenrad
Mark 40.- 2985
zu verkaufen.
Südd. Luftfahrtsanität
Kreuzstr. 22 (Laden).

Mehrere
Metall-
schleifer
(Polierer)
werden sofort eingestellt.
Schnellwagenfabrik
G. m. b. H.
Sannwaldallee 38.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Otto Huber
in Karlsruhe, Kaiserstr. 235 wurde heute, am 6. Mai
1925, vorm 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da
der Gemeindefiskus mit seinem Antrag auf Konkurs-
eröffnung keine Ueberzahlung und Zahlungsun-
fähigkeit dargelegt hat. Der Kaufmann Otto Huber in
Karlsruhe, Handelslokal, wurde zum Konkursverwalter
ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 6. Juni
1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin
anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschluß-
fassung über die Verbeibehaltung des ernannten oder
die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die
Besetzung eines Gläubigerausschusses und eintretenden
falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeich-
neten Gegenstände auf Montag, den 8. Juni 1925,
nachmittags 5 1/2 Uhr, Zimmer 246 u. zur Prüfung
der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, den
24. Juni 1925, nachmittags 5 Uhr, Zimmer 246.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige
Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas
schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemein-
defiskus zu verabfolgen oder zu leisten, auch die
Verpflichtung auferlegt, von dem Bestig der Sache
und von den Forderungen, für welche sie aus der
Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen,
dem Konkursverwalter bis zum 6. Juni 1925 Anzeige
zu machen. 939

Karlsruhe, den 6. Mai 1925.
Gerichtsschreiber Bad. Amtsgericht A. 3.

COLOSSEUM
Heute Donnerstag ringen:
Tornow gegen Debie
Champion v. Finnland Meist. v. Rheinld.
Langguth gegen Philipp
Meist. v. Bayern Meist. v. Charlottenbg.
Lassartesse gegen Schulz
Champ. v. Frankreich Meist. v. Hamburg
Ab 8 Uhr: Varietè-Programm. 2973

Straßenperre betr.
Auf nachfolgenden Straßenkreuzen des Amts-
bezirks Karlsruhe wird der Verkehr mit Fahrzeugen
aller Art zwecks Herstellung neuer Straßendecken
während der beigesetzten Zeiten gesperrt:
a) Sandstraße Nr. 19, Karlsruhe-Weoboldshafen,
km 2,500 bis 4,000 und km 5,000 bis 6,100
b. L. zwischen Schützenhaus und Sandstraße 2,
Rannheim-Rehl, in der Zeit vom 8. bis
26. Mai 1925.
b) Sandstraße Nr. 79, Karlsruhe-Maxau, km 0,850
bis 1,650 d. L. zwischen Mühlberg und Anle-
ngen in der Zeit vom 28. Mai bis 8. Juni
1925.
Kleinere Veröffentlichungen in der Zeit der Ein-
deckung der Straßen können erforderlich werden.
Zurechenfalls nimmt die Straßenperre ihren
Anfang mit dem Tag des tatsächlichen Arbeits-
beginnes und endet am Tage der Fertigstellung der
betreffenden Straßendecke.
Aushandlungen werden gemäß § 366 Ziff. 10
St.-O.-B. mit Geld bis zu 150 Mark oder mit
Haft bis zu 14 Tagen befristet.
Karlsruhe, den 6. Mai 1925.
Bezirksamt - Abt. 11a. D.-3. 68

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen,
daß durch Gruppen meist halbnächtlicher Durstigen auf
Straßen, Plätzen und Gehwegen der Stadt der Ver-
kehr gehindert und Verüberrgehende belästigt wurden.
Wir sehen uns daher veranlaßt auf die Bestim-
mungen des § 53 und Absatz 2 der Stadt. O.-B. O.
hinzuweisen, die lauten:
§ 53.
Es ist verboten, ohne zwingenden Grund
auf Straßen, Plätzen und Gehwegen in einer
Weise stehen zu bleiben, die geeignet ist, den
Verkehr zu behindern oder Verüberrgehende
zu belästigen.
§ 2 Absatz 2
Im einzelnen sind neben den Bestim-
mungen der St.-O.-B. die jeweiligen Anord-
nungen der Polizeibehörde zu befolgen.
Die Polizeibeamten sind angeordnet, gegen Ver-
überrgehende energisch einzuschreiten und sie zur
Anzeige zu bringen. Gegen Zuwiderhandlung werden
wir empfindliche Geldstrafen ausprechen.
Karlsruhe, den 4. Mai 1925. D. 3. 68
Badisches Bezirksamt - Polizeidirektion

Fahrräder
Gute Marken mit 1 Jahr
Garantie, bei nur 25 Mark Anzahlung,
Rest in Raten im
Fabrikhaus KAIER, Mühlberg
Helmstraße 30, neben Strauß-Druckerei.
Beleidigungs-Zurücknahme.
Die beleidigenden Behauptungen gegen Herrn
Dr. Nees hier, betreffs seiner Behandlung unter
verdorbenen Rindes Verta, nehmen wir hiermit mit
Beobachern zurück, und anerkennen, daß die Behaupt-
ungen auf unrichtigen Anschauungen unrichtig
beruhen.
Söhltingen, den 6. Mai 1925.
Franz Joseph Fabry und Frau.

* Inzerate *
für die Festschrift der
Int. Polizeitechnischen
Ausstellung
sind zu richten an
P. BACH, Werbe-Verlag
Karlsruhe, Nollstr. 9 - Telefon 3213.
Auskunft u. Vertreterbesuch kostenlos.

Warum?

weil die **dbG** das leistungsfähigste Bekleidungs-
haus mit modernem Teilzahlungs-Verkaufs-Prinzip ist.

Weil die **dbG** 6 Monate Zahlungsziel gewährt
und trotzdem die billigsten Preise hat.

Weil die **dbG** das neueste für das Frühjahr
bringt und Sie alles finden, was Sie an
Herren-Moden
Damen-Moden
Kinder-Moden

Kaufe gleich
zahle später. Jeder Verkauf ist streng diskret.

Deutsche Bekleidungs-gesellschaft Karlsruhe
H. Lucas & Co.
Kronenstraße 40
Ecke Marktgrabenstraße